

Sozialdemokratische Partei Deutschlands
Landesverband Mecklenburg-Vorpommern

Regierungsprogramm

2011 - 2016

1. AUF DEM WEG ZU EINER ZUKUNFT AUS EIGENER KRAFT	4
2. WIRTSCHAFT STÄRKEN – GUTE ARBEIT SCHAFFEN	5
STÄRKUNG DER WACHSTUMSBRANCHEN	5
STÄRKUNG DER EINHEIMISCHEN MITTELLÄNDISCHEN WIRTSCHAFT, DES HANDWERKS UND DER UNTERNEHMEN VOR ORT	6
KONZENTRATION DER FÖRDERMITTEL UND DER STANDORTWERBUNG	8
GUTE ARBEIT	8
AUSBAU DER VERKEHRSINFRASTRUKTUR	11
STRAßE	11
VERKEHRSVERLAGERUNG AUF SCHIENE UND WASSER	11
VERBESSERUNG DER SCHIENENANBINDUNG	11
ÖFFENTLICHER PERSONENNAHVERKEHR (ÖPNV) FÜR ALLE	12
AUSBAU UND KOOPERATION DER HÄFEN	12
KONZENTRATION IM LUFTVERKEHR	12
INFRASTRUKTUR FÜR FAHRRADVERKEHR UND WASSERTOURISMUS	12
AUSBAU DER ERNEUERBAREN ENERGIEN	12
EINE SOLIDE FINANZPOLITIK	15
MECKLENBURG-VORPOMMERN IN EUROPA	16
3. FAMILIE, KINDER, JUGEND UND SOZIALES – EIN LAND FÜR ALLE MENSCHEN	16
KINDERLAND ^{MV} WEITER VORAN BRINGEN	16
JUGEND	18
FRAUEN UND GLEICHSTELLUNG	20

GESUNDES LAND – GESUNDE MENSCHEN: GESUNDHEITSLAND M-V STÄRKEN	22
GUTES UND SICHERES LEBEN IM ALTER IN MECKLENBURG-VORPOMMERN	24
INKLUSION ALS ZIEL FÜR MENSCHEN MIT BEHINDERUNG: LEBEN WIE ALLE – MITTENDRIN VON ANFANG AN	27
BÜRGERSCHAFTLICHES ENGAGEMENT GANZ GROß IN MECKLENBURG-VORPOMMERN	28
DEMOKRATIE UND TOLERANZ WEITER GEMEINSAM STÄRKEN	30
INTEGRATION IST AUFGABE FÜR UNS ALLE	31
3. BILDUNG	32
FRÜHKINDLICHE BILDUNG	34
SCHULISCHE BILDUNG	34
BERUFLICHE BILDUNG	35
HOCHSCHULE	36
LEBENSLANGES LERNEN	37
KULTUR	38
4. ZUKUNFT VOR ORT IN MECKLENBURG-VORPOMMERN	40
ENTWICKLUNG DER LÄNDLICHEN RÄUME	40
VERBRAUCHERRECHTE STÄRKEN	44
UMWELTSCHUTZ	44
MODERNE VERWALTUNG – MODERNE GEMEINDEN	47
MODERNE VERWALTUNG DURCH GUTE PERSONALENTWICKLUNG	48
ENTWICKLUNG DER STÄDTE ALS MODERNE ZENTREN	48
INNERE SICHERHEIT	49

1. Auf dem Weg zu einer Zukunft aus eigener Kraft

Mecklenburg-Vorpommern ist das schönste Bundesland Deutschlands. Die wunderschöne Landschaft, die einmalige Natur, das Meer und die Seen, die Städte und Dörfer und vor allem die Menschen hier im Nordosten machen Mecklenburg-Vorpommern einzigartig. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten tragen gerne Verantwortung für unser schönes Land und die Menschen, die hier leben.

Wir können stolz auf das sein, was wir in Mecklenburg-Vorpommern in den letzten Jahren erreicht haben. Das Land hat an Wirtschaftskraft gewonnen und ist längst nicht mehr nur im Tourismus wirtschaftlich erfolgreich. Mecklenburg-Vorpommern ist durch uns kinder- und familienfreundlicher als viele andere Bundesländer geworden. Und wir sind eines von drei Bundesländern, die keine neuen Schulden aufnehmen. An dieser positiven Entwicklung im Land haben viele mitgewirkt. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben als Regierungspartei den entscheidenden Beitrag zu dieser positiven Entwicklung geleistet.

Wir übersehen nicht, dass es in unserem Land große Probleme gibt. Der wirtschaftliche Aufholprozess ist trotz aller Fortschritte noch nicht abgeschlossen. Trotz sinkender Arbeitslosenzahlen suchen immer noch viele Menschen in unserem Land einen Arbeitsplatz. Und viele, die Arbeit haben, können davon nicht leben. Die Menschen in unserem Land wünschen sich, dass es wieder mehr sozialen Zusammenhalt gibt. Es gibt also viel zu tun in den kommenden Jahren.

Die SPD stellt sich den Herausforderungen, vor denen unser Land steht. Unser Ziel ist eine Zukunft aus eigener Kraft. Wir wissen, dass die Finanzzuweisungen der EU und des Bundes in den nächsten Jahren weiter zurückgehen. Darauf stellen wir unser Land ein: mit einer soliden Finanzpolitik und mit klaren politischen Schwerpunktsetzungen. Nur so kann es uns gelingen, langfristig auf eigenen Füßen zu stehen.

In diesem Regierungsprogramm sagen wir Ihnen, was wir in den letzten Jahren auf dem Weg zu einer Zukunft aus eigener Kraft schon erreicht haben. Und wir erklären, was wir in den kommenden fünf Jahren vorhaben, um diesem Ziel näher kommen zu können. Dabei wollen wir Bewährtes fortführen und neue Ideen in die Praxis umsetzen. Wir wollen in den kommenden fünf Jahren Schwerpunkte in den Bereichen setzen, die für die zukünftige Entwicklung unseres Landes besonders wichtig sind.

Das sind:

1. Wirtschaft und Arbeitsplätze: Unser Ziel ist die weitere Stärkung unserer Wirtschaftskraft. Das ist die Voraussetzung dafür, dass Arbeitsplätze erhalten bleiben und neue entstehen. Dabei ist es uns wichtig, dass gute Arbeit entsteht: Wer arbeitet, muss von seiner Arbeit leben können.

2. Kinder und Familie: Wir werden in der kommenden Wahlperiode unser Projekt Kinderland^{MV} fortführen. Damit wollen wir junge Menschen bei ihrer Entscheidung für Familie und Kinder unterstützen. Zugleich wollen wir die Lebensbedingungen der älteren Menschen verbessern, damit sie so lange wie möglich eigenständig und selbstbestimmt am gesellschaftlichen Leben teilnehmen und mit ihren Erfahrungen unsere Gesellschaft bereichern können.

3. Bildung: Wer das Land voranbringen will, muss in Bildung investieren. Das werden wir weiterhin tun. Unser Ziel ist eine gute und chancengleiche Erziehung und Bildung von Anfang an. Kitas, Schulen und Hochschulen bleiben deshalb ein Schwerpunkt unserer Politik.

4. Zukunft vor Ort: Der demografische Wandel ist für uns Herausforderung und Chance zugleich. Wir müssen angesichts dieses Wandels insbesondere für den ländlichen Raum intelligente Formen der Daseinsvorsorge entwickeln. Die Zentren sind weiter zu stärken und zu entwickeln. Die Bewahrung

unserer Natur ist nicht nur eine ökologische Herausforderung. Sie entscheidet auch über die ökonomische und soziale Zukunft unseres Landes.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sind überzeugt, dass alle Menschen auf dem Weg mit den ihnen eigenen Fähigkeiten gebraucht werden – Männer und Frauen, Jüngere und Ältere. Sie alle sollen in Mecklenburg-Vorpommern eine lebens- und liebenswerte Heimat finden. Wir brauchen Gerechtigkeit zwischen den Geschlechtern und Gerechtigkeit zwischen den Generationen. Die Gleichstellung von Frauen und Männern bleibt Querschnittsziel in allen Politikbereichen.

Am 4. September 2011 ist Landtagswahl. Die SPD ist seit 1998 stärkste Regierungspartei im Land. Das wollen wir bleiben, weil wir davon überzeugt sind, dass wir die bessere Politik für Sie, für die Bürgerinnen und Bürger in Mecklenburg-Vorpommern machen. Außerdem braucht die Bundesregierung aus CDU/CSU und FDP ein überzeugendes Gegengewicht hier bei uns: in Mecklenburg-Vorpommern.

Am 4. September 2011 haben Sie die Wahl. Informieren Sie sich umfassend über unsere Ziele und unsere Konzepte! Gehen Sie zur Wahl und geben Sie Ihre Stimme der SPD!

2. Wirtschaft stärken – gute Arbeit schaffen

Das haben wir erreicht

- Mecklenburg-Vorpommern hat seit 1998 deutlich an Wirtschaftskraft gewonnen. Die wirtschaftliche Basis ist breiter geworden. Die Arbeitslosigkeit hat infolgedessen stark abgenommen. Wir freuen uns für alle, die nicht mehr arbeitslos sind.
- Beim Ausbau der Infrastruktur sind deutliche Fortschritte erzielt worden. Die Fertigstellung der A 20, der Lückenschluss bei der A 14 zwischen Schwerin und Wismar, der Bau zahlreicher Ortsumgehungen sowie die Modernisierung der Häfen, die Voraussetzung für viele Industrieansiedlungen und Betriebserweiterungen war, fallen in unsere Regierungszeit.
- Wir haben den Tourismus zur Erfolgsbranche des Landes entwickelt. Auch in anderen Branchen, wie zum Beispiel der Land- und Ernährungswirtschaft, der Gesundheitswirtschaft, dem Verarbeitenden Gewerbe, der Transport- und Logistikwirtschaft haben wir große Fortschritte erzielt.
- Mecklenburg-Vorpommern ist einer der Vorreiter bei den Erneuerbaren Energien. In unserem Land wird schon heute rund die Hälfte des eigenen Strombedarfs aus Windkraft, Sonnenenergie, Biomasse und anderen erneuerbaren Energieträgern gewonnen. Zudem ist hier ein wichtiger Produktionsstandort für Windkraftanlagen.
- Eines unserer Markenzeichen ist die solide Finanzpolitik. Seit 2006 nimmt unser Land keine neuen Schulden mehr auf und hat unter sozialdemokratischer Regierung sogar Schulden abgebaut. Das haben außer Mecklenburg-Vorpommern nur zwei weitere Bundesländer geschafft.

Das haben wir vor

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen die insgesamt positive wirtschaftliche Entwicklung der letzten zwölf Jahre fortführen. Unsere Ziele sind: Wirtschaftswachstum, die Sicherung bestehender Arbeitsplätze und die Unterstützung der Schaffung neuer Arbeitsplätze.

Stärkung der Wachstumsbranchen

Mecklenburg-Vorpommern wird nur mit einer breit aufgestellten Wirtschaft erfolgreich sein. Traditionelle und moderne Branchen haben in unserem Land gleichermaßen ihren Platz. Wir wollen auch in den kommenden Jahren die wirtschaftliche Basis weiter verbreitern und die Branchen besonders fördern, in denen unser Land besonders gute Entwicklungschancen hat.

- Im Tourismus sind wir besonders erfolgreich. Doch es gibt noch Wachstumspotenziale. Wir wollen Mecklenburg-Vorpommern zu einem naturnahen Tourismusland weiterentwickeln. Besonders wichtig wird es sein, die erreichte Qualität ständig weiter zu verbessern. Wir streben daher an, die europaweit anerkannte Initiative „ServiceQualität Deutschland“ auf die gesamte Dienstleistungskette des Tourismus in Mecklenburg-Vorpommern auszudehnen. Außerdem müssen wir mehr internationale Gäste ansprechen. Hier gilt es insbesondere die Chancen des Kreuzfahrttourismus zu nutzen sowie den Tourismusstandort zusammen mit unseren Nachbarn im Ostseeraum noch bekannter zu machen.
- Das verarbeitende Gewerbe bleibt ein zentraler Wachstumsmotor. Eine hohe Innovationsdynamik und eine zunehmende Orientierung auf den Export sind hier Schlüssel zum Erfolg.

Wir werden die Politik der Wachstumspole umsichtig weiterverfolgen. Dazu zählen neben der Ernährungswirtschaft und der maritimen Industrie auch Unternehmen aus dem Maschinenbau, der Automobil-, Luft- und Raumfahrtindustrie sowie der Biotechnologie und Medizintechnik.

- Unsere Land- und Ernährungswirtschaft ist hochmodern und wettbewerbsfähig. Wir wollen dazu beitragen, dass gute Produkte aus Mecklenburg-Vorpommern in Deutschland noch bekannter und beliebter werden.
- In der Gesundheitswirtschaft haben wir vorbildliche Strukturen geschaffen. Die SPD wird Mecklenburg-Vorpommern weiter zum Gesundheitsland entwickeln. Grundlage dafür ist der Masterplan Gesundheitswirtschaft 2020. Wichtige Bausteine sind für uns die Fortführung der sehr guten Arbeit des Biotechnologie-Netzwerkes BioCon Valley, des Projektbüros Gesundheitswirtschaft und des Kuratoriums Gesundheitswirtschaft. Mecklenburg-Vorpommern soll Austragungsort der jährlichen Nationalen Branchenkonferenz Gesundheitswirtschaft bleiben.
- Ein wichtiges Wachstumsfeld, insbesondere für die Schaffung zukunftsfähiger und gut bezahlter Arbeitsplätze, sind für uns auch die Erneuerbaren Energien. Wir wollen nicht nur unseren Strom und unsere Wärme möglichst schnell ausschließlich aus erneuerbaren Energieträgern gewinnen. Wir wollen auch, dass Mecklenburg-Vorpommern als Forschungs- und Produktionsstandort umweltfreundlicher Energietechnik weiter an Bedeutung gewinnt.
- Die maritime Wirtschaft wurde von der Krise härter getroffen als alle anderen Branchen. Wir werden weiter dafür kämpfen, dass die Werften die Krise überstehen. Gelingt dies, haben sie wie auch die übrigen Betriebe der maritimen Industrie und des Zuliefergewerbes gute Zukunftsaussichten. Das gilt erst recht, wenn Chancen wie die Entwicklung moderner Offshore-Technologien genutzt werden. Dabei wollen wir die Branche weiter unterstützen.
- Gute Zukunftschancen haben auch unsere Häfen. Der Seeverkehr wird in den nächsten Jahrzehnten weiter ansteigen. Davon profitiert auch die für unser Land immer wichtiger werdende Transport- und Logistikbranche. Zudem sind unsere Häfen in den letzten zwei Jahrzehnten zu attraktiven Industriestandorten direkt an der Kaikante geworden. Wir werden die Häfen deshalb weiter ausbauen und im Zusammenhang damit weitere attraktive Industrie- und Gewerbeflächen auch im Hafenumland schaffen sowie für eine leistungsfähige Verkehrsanbindung sorgen.
- Das Handwerk gehört zu den wichtigsten Ausbildern und Arbeitgebern im Land. Die Handwerksunternehmen in Mecklenburg-Vorpommern können sich auf die Unterstützung der SPD verlassen.

Stärkung der einheimischen mittelländischen Wirtschaft, des Handwerks und der Unternehmen vor Ort

Um die wirtschaftliche Entwicklung für Mecklenburg-Vorpommern weiter nachhaltig zu gestalten, muss der Schwerpunkt der zukünftigen Wirtschaftspolitik auf die Stärkung der einheimischen mittelländischen Wirtschaft, des Handwerks und der Unternehmen vor Ort ausgerichtet sein. Die Vielzahl

der Klein- und Mittelständischen Unternehmen, aber auch des Handwerks wollen wir gemeinsam mit den zuständigen Kammern durch starke Netzwerke fördern und aktiv unterstützen.

Mecklenburg-Vorpommern hat in den vergangenen Jahren gerade unter sozialdemokratischer Führung erhebliche Anstrengungen unternommen, um das wirtschaftliche Image des Standorts im In- und Ausland zu verbessern. Hierdurch gelang es, nationale und internationale Unternehmen für Ansiedlungen zu gewinnen. Durch diese Anstrengungen konnten insbesondere im Bereich des verarbeitenden Gewerbes neue Arbeitsplätze geschaffen werden.

Gleichwohl ist das verarbeitende Gewerbe in Mecklenburg-Vorpommern noch immer deutlich schwächer ausgeprägt als in anderen Bundesländern. Die Stärkung dieses Wirtschaftsbereichs bleibt deshalb einer der Schwerpunkte sozialdemokratischer Politik. Dies ist uns auch deshalb wichtig, weil in diesem Gewerbe vergleichsweise gute Löhne und Gehälter gezahlt werden.

Wir werden deshalb weiter um Investoren für Standorte in Mecklenburg-Vorpommern werben. Das wirtschaftspolitische Augenmerk für die weitere Entwicklung des Landes muss aber auch auf die Stärkung der bestehenden einheimischen Unternehmen sowie auf die weitere Verbesserung der für Existenzgründer erforderlichen Rahmenbedingungen gerichtet sein. So entstehen die Arbeitsplätze, die unser Land braucht.

Die kleinen und mittleren Unternehmen im Land haben sich in der Krise als robust erwiesen und verantwortungsbewusst gehandelt. Wir wollen sie weiter stärken.

Bei der Wirtschaftsförderung und der Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen werden wir deshalb in den kommenden Jahren die folgenden inhaltlichen Schwerpunkte setzen:

- Wirtschaftsförderung ist kein Selbstzweck. Alle Maßnahmen müssen einem klaren Ziel dienen: der Schaffung und Sicherung von zukunftsfähigen Arbeitsplätzen, durch die sich die Menschen in unserem Land ein eigenes Einkommen und ihre eigene Lebensgestaltung sichern können. Das bedeutet, dass Geld für Wirtschaftsförderung nach Möglichkeit dann eingesetzt wird, wenn Unternehmen sich an die Grundsätze der guten Arbeit halten (Mindestlohn, Mitbestimmungsrechte, Arbeitsbedingungen).
- Unsere Wirtschaftspolitik werden wir schwerpunktmäßig auf die wirtschaftlichen Zentren des Landes ausrichten. In den Zentren und um sie herum bestehen aufgrund der Vielzahl der dort ansässigen Branchen und Unternehmen die besten Chancen auf Wachstum und zukunftsfähige Arbeitsplätze.
- Ziel unserer Wirtschaftspolitik ist es, die einheimischen Unternehmen verstärkt dafür zu motivieren, durch Kooperation auch über Branchengrenzen hinaus regionale Kompetenzen für internationale Märkte aufzubauen. Das steigert die Wettbewerbsfähigkeit der einzelnen Unternehmen und der Wirtschaft des Landes insgesamt. Wir werden deshalb künftig nicht nur Branchennetzwerke, sondern auch branchenübergreifende Unternehmensnetzwerke fördern.
- Aufgrund der kleinteiligen Unternehmensstruktur gibt es in Mecklenburg-Vorpommern noch immer zu wenig Forschung und Entwicklung in der Wirtschaft. Wir werden deshalb forschungs- und entwicklungsbezogene Unternehmensaktivitäten unterstützen. Dabei kommt unseren sehr guten Universitäten, Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen eine Schlüsselrolle zu. Sie müssen noch enger mit der Wirtschaft verzahnt werden. Gemeinsames Ziel muss es sein, Forschungsergebnisse schnell umzusetzen, Anforderungen der Wirtschaft und Ideen aus der Wirtschaft als Grundlage aufzugreifen und zeitnah in marktfähigen Lösungen und Produkten zu realisieren.
- Mecklenburg-Vorpommern braucht noch mehr einheimische Unternehmen, um weiter dynamisch wachsen zu können. Wir wollen deshalb auch in Zukunft Existenzgründerinnen und Existenzgründern auf ihrem Weg in die Selbständigkeit unterstützen.

Konzentration der Fördermittel und der Standortwerbung

Dabei müssen wir uns darauf einstellen, dass die Fördermittel der EU und des Bundes in den kommenden Jahren weiter zurückgehen werden. Die SPD wird sich auf Bundesebene für eine angemessene Wirtschafts-, Technologie- und Forschungsförderung einsetzen. Bei der EU werden wir uns gemeinsam mit den ostdeutschen Ländern dafür stark machen, dass Übergangsregelungen für die Regionen getroffen werden, die wie die ostdeutschen Bundesländer ab 2014 keine EU-Höchstförderung mehr erhalten.

Angesichts knapper werdender Fördermittel müssen wir diese künftig noch zielgerichteter einsetzen. Mecklenburg-Vorpommern muss stärker als bisher die Möglichkeiten nutzen, die sich neben den EU-Strukturfonds aus sonstigen seitens der EU zur Verfügung stehenden Finanzmitteln ergeben. Bisher fließen aus diesen EU-Programmen im Vergleich zu anderen Bundesländern zu wenig Mittel nach Mecklenburg-Vorpommern. Den Zufluss von EU-Fördergeldern ins Land gilt es daher zu verstärken und die dazugehörigen Verfahren zu optimieren. Wir werden deshalb gemeinsam mit der Wirtschaft eine zentrale Beratungsstelle schaffen, die bestehende Hemmnisse wie mangelnde Kenntnisse über Möglichkeiten der EU-Förderung oder bei der Antragstellung abbauen hilft. Außerdem werden wir prüfen, ob seitens des Landes die Möglichkeit besteht, für Antragsteller von EU-Projekten den häufig langen Zeitraum von der Bewilligung bis zur Auszahlung durch Einrichtung eines revolving Fonds vorzufinanzieren.

Die Wirtschaftsförderung in Mecklenburg-Vorpommern hat in den letzten Jahren Investitionen in ganzer Breite unterstützt. Das war für die Zeit des Strukturwandels wichtig und richtig. Zukünftig werden wir den Blick verstärkt auf die Förderung von Innovationen legen. Die Unternehmen werden anstehende Erweiterungsinvestitionen weitgehend aus eigener Kraft zu finanzieren haben. Bei der Umsetzung von Forschungsergebnissen und der Entwicklung neuer Produkte und Dienstleistungen bestehen Schwierigkeiten, die durch die allgemeine Zurückhaltung von Kapitalgebern, besonders in Deutschland Wagniskapital zur Verfügung zu stellen, noch verschärft werden. Wir werden deshalb

- besonders dann fördern, wenn qualitative Kriterien einer Investition erfüllt werden (Aufwendungen für Forschung und Entwicklung, Innovationspotenzial, Schaffung von höherwertigen Arbeitsplätzen, Ansiedlung von zentralen Unternehmensfunktionen in Mecklenburg-Vorpommern),
- Erweiterungsinvestitionen in der Regel nur noch mittels Darlehen im Zusammenhang mit revolving Fonds fördern,
- Innovationen mit „verlorenen“ Zuschüssen fördern und dabei den Schwerpunkt auf die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen legen,
- vor allem Existenzgründern bzw. Start-Up-Unternehmen den Zugang zu Wagniskapital erleichtern; dabei ist die Bereitstellung von „Risikokapital“ durch die öffentliche Hand zu prüfen.

Die Tätigkeit der verschiedenen mit der Wirtschaftsförderung befassten Institutionen ist eng auf diese neue Förderphilosophie auszurichten. Dazu werden wir die Wirtschaftsförderung verstärkt auf die Exportfähigkeit der Unternehmen fokussieren und zusammen mit der Wirtschaft die Außenwirtschaftsberatung verstärken. Außerdem werden wir die Schaffung eines Netzwerkes der regionalen Wirtschaftsförderergesellschaften anregen und zu diesem Zweck eine paritätisch durch Wirtschaftsunternehmen und Land finanzierte Koordinierungsstelle einrichten.

Ein besonders erfolgreiches Instrument der integrierten Wirtschaftsförderung ist ein professionell betriebenes Stadtmarketing. Wir werden deshalb die Umsetzung abgeschlossener Stadtmarketing-Konzepte durch hauptamtliche „Stadtmanager/-innen“ fördern.

Gute Arbeit

Es gibt in Mecklenburg-Vorpommern viele gut qualifizierte und hoch motivierte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Sie sind die Leistungsträgerinnen und Leistungsträger in unserem Land. Wir brauchen sie, um im Wettbewerb mit anderen Regionen bestehen zu können.

Die Arbeitsmarktlage hat sich zwar verbessert, nichtsdestotrotz hat sich das Feld der prekären Beschäftigung massiv ausgedehnt, befristete Arbeitsverhältnisse nehmen zu und Löhne steigen nicht (im ausreichenden Maße). Die Zahl der Lehrstellen ist erstmals größer als die der Bewerber. Die Wirtschaft darf in dieser Situation im eigenen Interesse nicht in ihren Ausbildungsanstrengungen nachlassen. Wir drängen darauf, dass weiter allen Jugendlichen im Land ein Ausbildungsangebot gemacht wird. Das ist nicht nur eine Frage der sozialen Gerechtigkeit für den einzelnen, sondern auch ein Gebot der ökonomischen Vernunft. Deshalb setzen wir uns auf Bundesebene weiterhin für eine Ausbildungsplatzumlage ein. Unternehmen, die ihrer Ausbildungsverantwortung nachkommen, werden entlastet und können evtl. sogar mehr Jugendliche einstellen.

Gute Fachkräfte müssen nicht nur ausgebildet, sondern später auch im Land gehalten werden. Entscheidend dafür sind Löhne und Gehälter, aber auch die Arbeitsbedingungen im Land. Beides muss verbessert werden.

Das Ziel der SPD ist gute Arbeit, von der alle leben können. Für gute Arbeit muss auch gutes Geld gezahlt werden. Wir fordern deshalb gleichen Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit von Männern und Frauen, ebenso gleiche Löhne in Ost und West.

Wir setzen uns nachdrücklich dafür ein, dass die Wirtschaft finanzielle Spielräume an die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer weitergibt. Als Niedriglohnland wird Mecklenburg-Vorpommern im Wettbewerb mit anderen Regionen nicht bestehen können. Die Festlegung von Löhnen und Gehältern ist zuallererst Angelegenheit der Tarifpartner. Mit den Gewerkschaften und vielen verantwortungsbewussten Unternehmerinnen und Unternehmern setzen wir uns aber für einen flächendeckenden Mindestlohn in Deutschland von 8,50 Euro als Untergrenze ein. Wer Vollzeit arbeitet, muss von seiner Arbeit auch leben können. Solange es dafür keine Mehrheit gibt, brauchen wir weiterhin branchenspezifische Mindestlöhne auf Basis des Entsendegesetzes und ein Tariftreugesetz für Mecklenburg-Vorpommern, das für alle öffentlichen Aufträge gilt. Mit dem Tariftreugesetz soll sichergestellt werden, dass Aufträge der öffentlichen Hand, und somit Geld des Steuerzahlers, nur an Unternehmen vergeben werden, die vernünftige Löhne zahlen und für gute Arbeitsbedingungen im Betrieb sorgen.

Leiharbeit darf nicht zu einem Verdrängungswettbewerb zu Lasten regulärer und existenzsichernder Arbeit führen. Die Ausweitung prekärer Beschäftigung ist zu stoppen, Missbrauch der Leiharbeit zu Lohndumping und Tarifflicht zu beenden. Für die Leiharbeitsbranche müssen ein Mindestlohn und das Prinzip „Gleiches Geld für gleiche Arbeit“ durchgesetzt werden.

Wir stehen dafür, dass Praktikantinnen und Praktikanten besser abgesichert werden, als dies heute der Fall ist. Praktika sind zeitlich befristete Lernverhältnisse und müssen entsprechend ausgestaltet werden. Wenn von Praktikantinnen und Praktikanten reguläre Arbeit geleistet wird, muss diese auch regulär bezahlt werden.

Nach wie vor profitieren junge Menschen kaum vom wirtschaftlichen Aufschwung. Nach solider Ausbildung ist das Erwerbsleben der jungen Generation stark geprägt von Praktika, Leiharbeit und befristeter Beschäftigung. Die Folgen sind nicht zuletzt geringere Möglichkeiten zur betrieblichen Mitbestimmung, Unsicherheiten in der Familienplanung und Abwanderung in andere Bundesländer. Dies kann sich Mecklenburg-Vorpommern vor dem Hintergrund des demografischen Wandels nicht leisten. Die SPD wird daher zusammen mit Unternehmen und Verbänden altersgruppenspezifische Maßnahmen entwickeln, die jungen Menschen einen Einstieg ins Berufsleben unter guten Arbeitsbedingungen ermöglichen.

Denn neben Löhnen und Gehältern entscheiden auch die Arbeitsbedingungen darüber, ob Fachkräfte im Land bleiben oder Angebote aus anderen Ländern annehmen. Einige vorbildliche Unternehmen haben die Zeichen der Zeit erkannt und ermöglichen es ihren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, Familie und Erwerbsarbeit gut miteinander zu verbinden, zum Beispiel durch flexible Arbeitszeiten oder die Einrichtung von betriebseigenen Kitas. Davon brauchen wir noch mehr. Wir werden diese vorbildlichen Ansätze zum Beispiel durch Fortführung des Wettbewerbs „Familienfreundliches Unternehmen“ weiter unterstützen. Darüber hinaus ist es uns wichtig, dass ein gemeinsames Famili-

enleben auch unter der Woche stattfinden kann. Deshalb werden wir uns für Arbeitsverhältnisse einsetzen, welche die zeitlichen Besonderheiten von Familien beachten. Gerade in Branchen mit familienunfreundlichen Arbeitszeiten wie z. B. Tourismus, Gesundheit, Verkehrswesen und viele andere gilt es Lösungen zu schaffen, die den Beschäftigten gerecht werden.

Ältere Arbeitnehmer werden immer noch am Arbeitsmarkt benachteiligt. Wir setzen uns daher für alters- und altersangemessene gute Arbeitsplätze ein. Dazu werden wir beispielsweise durch Informations- und Fortbildungsmaßnahmen Unternehmerinnen und Unternehmer für die anstehenden Herausforderungen noch stärker sensibilisieren und gleichzeitig durch Unterstützung spezifischer Weiterbildungsangebote ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer fördern. Die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen in existenzsichernder Beschäftigung, in Führungspositionen in Wirtschaft und Öffentlicher Verwaltung sowie als Unternehmerinnen muss gefördert werden, damit Frauen und Männer endlich gleichgestellt sind. Darüber hinaus ist auch eine Förderung notwendig zur Sicherung des Fachkräftebedarfs. Überdies werden wir weiterhin daran arbeiten, Menschen mit Behinderung in Beschäftigung zu bringen, die ein selbstbestimmtes und eigenverantwortliches Leben so weit wie möglich sichert. Auch in dieser Gruppe sehen wir nach wie vor erhebliche Potenziale für den Arbeitsmarkt, die sie momentan noch nicht vollständig zur Geltung bringen kann. Daher werden wir auch weiterhin Arbeits- und Ausbildungsplätze für Menschen mit Behinderung fördern und Arbeitgeber unterstützen, die diese schaffen.

Wir wissen, dass wir diese Ziele nur gemeinsam mit den Verbänden und Kammern der Wirtschaft und den Gewerkschaften erreichen können. Die SPD will deshalb die Zusammenarbeit im Bündnis für Arbeit fortsetzen und ein Fachkräftebündnis für Mecklenburg-Vorpommern vereinbaren. Im Zuge dieser Vereinbarung wollen wir

- das Qualifikationsniveau der Erwerbstätigen durch umfassende Weiterbildungsmaßnahmen nachhaltig erhöhen,
- auf eine geschlechtersensible Aus- und Weiterbildung von Führungskräften hinwirken, um so den Anteil von Frauen in Führungspositionen weiter zu erhöhen,
- die Möglichkeiten der Unternehmensnachfolge vor allem für Frauen weiter verbessern,
- der betrieblichen Ausbildung den eindeutigen Vorrang gegenüber der außerbetrieblichen Ausbildung einräumen,
- die Einrichtung von Ausbildungsverbänden dort unterstützen, wo die Betriebe allein nicht in der Lage sind, eine effektive duale Ausbildung nachzuweisen,
- in andere Regionen Deutschlands abgewanderte Fachkräfte durch gezielte Kampagnen wieder für Mecklenburg-Vorpommern gewinnen (dazu wird die Agentur „MV4you“ in eine Landesmarketingagentur M-V integriert),
- eine Jobbörse für Hochschulabsolventen aus Mecklenburg-Vorpommern entwickeln, um ihnen nach Beendigung des Studiums adäquate Berufsperspektiven im Land anbieten zu können.

Die SPD richtet ihre Anstrengungen in der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik auf den ersten Arbeitsmarkt aus. Die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt bietet zunehmend Chancen auch für Langzeitarbeitslose. Gerade sie brauchen daher besondere Maßnahmen für konkrete Qualifizierung und zur Wiedereingliederung in den ersten Arbeitsmarkt. Trotz aller positiven Entwicklungen wird es immer noch Langzeitarbeitslose geben, die keine realistische Chance mehr haben, in den ersten Arbeitsmarkt zurückzukehren. Für sie brauchen wir einen sozialen Arbeitsmarkt mit öffentlich geförderter sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung. Die SPD Mecklenburg-Vorpommern setzt auf aktive Arbeitsmarktpolitik. Das Paradigma lautet: Wir wollen nicht Arbeitslosigkeit, sondern Arbeit finanzieren!

Ausbau der Verkehrsinfrastruktur

Eine moderne Verkehrsinfrastruktur ermöglicht es den hier lebenden Menschen und unseren Gästen, sich schneller und bequemer in unserem Land zu bewegen. Sie ist aber auch Voraussetzung für weiteres wirtschaftliches Wachstum. Die SPD wird deshalb in den kommenden fünf Jahren den Ausbau der Verkehrsinfrastruktur weiter voranbringen.

Für viele wichtige Verkehrsprojekte brauchen wir die Unterstützung des Bundes. Wir werden uns auf Bundesebene dafür einsetzen, dass bei den im Verkehrswegeplan festgelegten Projekten keine Abstriche gemacht werden.

Größere und kleinere Verkehrsvorhaben berühren die Interessen vieler Menschen und bedeuten Eingriffe in die Natur. Eine frühzeitige Einbeziehung von Umweltverbänden, Bürgerinitiativen und der Menschen des Landes über die gesetzlich vorgeschriebenen Mitwirkungsbefugnisse hinaus kann zu mehr Akzeptanz führen. Diesen Weg wollen wir bei unseren Verkehrsinfrastrukturprojekten gehen.

In den kommenden fünf Jahren haben für uns die folgenden Projekte Priorität:

Straße

Der weitere Ausbau des Straßennetzes soll bedarfsgerecht erfolgen. Dazu gehören neben der Weiterführung der Autobahn A 14 als schnelle Nord-Süd-Verbindung nach Mitteldeutschland unter anderem auch der Ausbau der Bundesstraße B 96n auf Rügen und von Neubrandenburg in Richtung Berlin sowie der Bau weiterer Ortsumgehungen.

Verkehrsverlagerung auf Schiene und Wasser

Wir wollen die Attraktivität der Verkehrsträger jenseits der Straße stärken und damit den Prozess der Verkehrsverlagerung von der Straße auf die Schiene und die Wasserstraßen weiter voranbringen. Dies gilt vor allem für den Güterverkehr. Der zunehmenden Belastung der Menschen und der Umwelt durch so genannten „Mautausweichverkehr“ auf den Bundesstraßen werden wir mit geeigneten Maßnahmen begegnen.

Verbesserung der Schienenanbindung

Auch für den Personennahverkehr auf der Schiene wollen wir ein attraktives und leistungsfähiges Angebot, um eine Verlagerung von Verkehr auf die Bahn zu erreichen. Dazu gehören gute Verbindungen zwischen den Städten ebenso wie die Einbeziehung der ländlichen Räume. Deshalb drängen wir darauf, dass Bahn und Bund die folgenden Projekte termingerecht umsetzen:

- den Ausbau der Bahnstrecke Berlin-Rostock auf eine Fahrzeit von unter 2 Stunden
- den Ausbau der Bahnstrecke Berlin-Stralsund
- den Wiederaufbau der Eisenbahnstrecke von Ducherow über Karnin, Stadt Usedom, Swinemünde nach Heringsdorf
- die Vollendung des Verkehrsprojektes Deutsche Einheit Nr. 1, die Modernisierung der Bahnstrecke von Hagenow/Lübeck nach Stralsund.

Ein besonderer Schwerpunkt ist für uns in der kommenden Wahlperiode der Bau der Darß-Bahn. Diese soll 2016 bis Zingst verkehren und kann später bis Prerow verlängert werden.

Wir wenden uns gegen weitere Ausdünnungen bei den Fernverkehrsverbindungen nach Mecklenburg-Vorpommern. Bund und Bahn haben eine Verantwortung für die Anbindung aller Regionen in Deutschland. Den geplanten Börsengang der Deutschen Bahn AG lehnen wir weiterhin ab. Als Umwelt- und Gesundheitsland M-V ist auch der motorisierte Individualverkehr (MIV) verstärkt auf die

Schiene zu verlagern. Dazu sind auf Grundlage attraktiver Angebote im überregionalen und regionalen Schienenpersonennahverkehr unter Berücksichtigung der notwendigen Verknüpfungspunkte mit dem ÖPNV konkrete, untersetzte Maßnahmepläne zu erarbeiten und umzusetzen.

Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) für alle

Wir wollen einen attraktiven ÖPNV, der nicht nur die Umwelt schont, sondern auch die Mobilität der Menschen erhöht. Busse und Bahnen müssen pünktlich, sauber und sicher sein, damit die Menschen den ÖPNV als echte Alternative zum Individualverkehr begreifen. Wir werden deshalb bei den vom Land vorzunehmenden Ausschreibungen im Schienenpersonennahverkehr (SPNV) konsequent auf Qualitätssteigerungen achten. Wir setzen uns dafür ein, dass alle Verkehrsmittel im ÖPNV barrierefrei nutzbar sind.

Ausbau und Kooperation der Häfen

Die See- und Fährhäfen in Mecklenburg-Vorpommern sind wichtig für das wirtschaftliche Wachstum unseres Landes. Wir werden deshalb die Hafeninfrastruktur und die Hinterlandanbindungen der Häfen weiter verbessern. Jeder Hafen, von Wismar über Rostock und Sassnitz bis nach Ueckermünde hat seine eigenen Stärken. Eine Kooperation unserer Häfen auf bestimmten Gebieten ist aber von Vorteil, z. B. bei der Entwicklung eines übergreifenden Hafenkonzepts für die Ostsee, bei der Durchsetzung gleichgelagerter Interessen bei den Hafenhinterlandanbindungen sowie bei der gemeinsamen Vermarktung im Ausland. Diese Kooperationsmöglichkeiten wollen wir zusammen mit den Häfen weiterentwickeln.

Konzentration im Luftverkehr

Das Luftverkehrskonzept des Landes ist überholt und bedarf der Überarbeitung. Eine Subventionierung von Flughäfen, die am jeweiligen Bedarf vorbeigeht, ist zu beenden.

Infrastruktur für Fahrradverkehr und Wassertourismus

Der Radverkehr soll eine echte Alternative zum Auto werden, nicht nur in der Freizeit und beim Berufsverkehr, sondern auch beim Fahrradtourismus. Wir werden deshalb das bestehende Radwegesystem weiter ausbauen und nach möglichst einheitlichen Kriterien beschildern.

Der Wassertourismus gewinnt in vielfältiger Weise an Bedeutung. Wir streben daher an,

- das Befahren der Wasserstraßen ohne Bootsführerschein zu erweitern,
- die Einrichtung von Wassertankstellen und Wasserwanderrastplätzen weiter zu fördern sowie
- einen Außenhafen als Alternative zum Nothafen Darßer Ort zu ermöglichen, um den erforderlichen Lückenschluss der Sportboothäfen zwischen Rostock und Rügen zu erreichen.

Ausbau der erneuerbaren Energien

Im Mittelpunkt unserer Energiepolitik steht der Ausbau der Erneuerbaren Energien. Die Förderung der Energiegewinnung aus Wind, Biomasse, Sonne, Erdwärme und anderen erneuerbaren Energieträgern ist für uns nicht nur ein Beitrag zum Klimaschutz, sondern auch eine große wirtschaftliche Chance für unser Land. Bis 2020 sollen 20.000 neue qualifizierte und gut bezahlte Arbeitsplätze entstehen.

Wir sind das Land der erneuerbaren Energien. Aufbauend auf den bisherigen Erfolgen will die SPD die Energiewende in Mecklenburg-Vorpommern konsequent voranbringen. Dazu müssen das Konzept Energieland 2020 mit Schwerpunkt erneuerbare Energien und der Aktionsplan Klimaschutz weiterentwickelt werden. Dabei hat der effiziente und sparsame Einsatz von Energie höchste Priorität. Unser Ziel ist es, dass noch in diesem Jahrzehnt die erneuerbaren Energien aus Wind, Sonne und Biomasse mehr als den Eigenbedarf des Landes an Strom erzeugen. Mecklenburg-Vorpommern als bedeutender Standort für die Erforschung, Herstellung und Vermarktung von modernen und umweltfreundlichen Energietechnologien und als Exportland für Ökostrom ist unser Ziel.

Die von der Bundesregierung aus CDU/CSU und FDP beschlossene Verlängerung der Laufzeiten von Atomkraftwerken lehnen wir genauso ab wie den Bau von Kohlekraftwerken. Wir werden gegen eine Einlagerung von Atommüll, die über die vereinbarte Zwischenlagerung aus den ehemaligen Kraftwerken Lubmin und Rheinsberg hinausgeht, mit allen uns rechtlich und politisch zur Verfügung stehenden Möglichkeiten vorgehen. Eine klare Absage erteilen wir der unterirdischen Einlagerung von Kohlendioxid. Wir wollen keine CCS-Demonstrationsanlagen und auch keine CO₂-Importe aus anderen Bundesländern. Erdgaskraftwerke können an den dafür geeigneten Standorten eine Übergangstechnologie darstellen.

Um den Ausbau der Erneuerbaren Energien in Mecklenburg-Vorpommern voranzubringen, werden wir die folgenden Maßnahmen ergreifen:

- Großes Wachstumspotential liegt in der Kraft-Wärme-Kopplung. Um die bei der gewerblichen und industriellen Produktion entstehende (Ab)wärme optimal zu nutzen, befürworten wir Aktivitäten zum Aufbau von Nahwärmenetzen, besonders im ländlichen Raum.
- Wir wollen die energetische Modernisierung öffentlicher Gebäude und des Altbaubestandes fortsetzen, um damit Energie zu sparen. Dabei muss das Land Vorbild sein. Ziel ist nicht nur die Reduzierung des CO₂-Ausstoßes, sondern langfristig auch eine deutliche Kosteneinsparung.
- Das Landesraumordnungsprogramm und die Landesbauordnung werden wir entsprechend anpassen, um die notwendigen und nutzbaren Flächen für die Gewinnung von Biomasse, Wind- und Solarenergie sowie Erdwärme in enger Abstimmung mit den kommunalen Gebietskörperschaften und unter Beteiligung der betroffenen Bürger zur Verfügung stellen zu können. Um Konflikte mit anderen unterirdischen Nutzungen auszuschließen, wollen wir eine Unterraumordnung für Mecklenburg-Vorpommern auf den Weg bringen.
- Wir werden den Ausbau der Windkraft an Land und auf See weiter vorantreiben. An Land streben wir vor allem den Austausch alter, leistungsschwacher und lauter Windräder durch moderne, leistungsfähigere und leisere Anlagen (Repowering) an. Außerhalb der ausgewiesenen Windeignungsgebiete soll ein Repowering bestehender Anlagen nur im Einzelfall und im Einvernehmen mit den betroffenen Anwohnerinnen und Anwohnern erfolgen. Zugleich werden wir den geplanten Bau von Windparks vor unserer Küste weiter voranbringen. Mecklenburg-Vorpommern soll als Standort zur Produktion von Windkraftanlagen noch stärker an Bedeutung gewinnen.
- In der Produktion von Bioenergie sowie in der energetischen Verwertung von organischen Abfällen besteht noch großes Wachstumspotenzial. Durch die Schaffung regionaler Wertschöpfungsketten wollen wir den Ausbau der Bioenergie unter Beachtung strenger Nachhaltigkeitskriterien unterstützen. Dabei kommt der Nutzung organischer Rest- und Abfallstoffe besondere Bedeutung zu. Sie hat Vorrang vor dem Anbau von Biomasse.
- In der solaren Strom- und Wärmeerzeugung sehen wir große Potenziale. Wir werden für das ganze Land sehr sorgfältig prüfen, welche Flächen für Photovoltaikanlagen geeignet sind. Insbesondere werden wir da, wo es möglich ist, durch Nachnutzung auf vorhandene Konversionsflächen aus wirtschaftlicher und militärischer Nutzung zurückgreifen. Um potenziell geeignete Flächen für Investoren sichtbar und verfügbar zu machen, werden wir ein Flächenkataster für Photovoltaik-Freianlagen schaffen.

- Unter Nutzung regenerativer Energien wollen wir klimaschädliche Emissionen im Straßenverkehr reduzieren und einen Übergang zur klimaschonenden Mobilität schaffen. Wir werden technische Entwicklungen in der Photovoltaik sowie die Einrichtung von entsprechenden Produktionsstätten in unserem Land fördern. Wir setzen auf zukunftsfähige Kraftstoffe und moderne energiesparende Antriebssysteme. Wir wollen die anwendungsorientierte Forschung und Entwicklung im Bereich der Elektromobilität voranbringen, das Kompetenznetzwerk Elektromobilität und Pilotprojekte insbesondere in den touristischen Regionen des Landes unterstützen. Die Landesverwaltung wird mit einem entsprechenden Umbau ihres eigenen Fuhrparks eine Vorbildstellung einnehmen.

Gleichzeitig muss der Ausbau der Tankstellen-Infrastruktur zur Verwendung alternativer klimaschonender Kraftstoffe vorangetrieben werden.

- Die Einspeisung der erneuerbaren Energien in die Strom- und Gasnetze muss dringend verbessert werden. Wir setzen uns für den Ausbau der Stromleitungen vom Norden Deutschlands in den Süden ein. Dabei müssen Lösungen gefunden werden, die die Menschen in den betroffenen Regionen möglichst wenig beeinträchtigen. Außerdem müssen die Kosten des Ausbaus auf alle Netzregionen in Deutschland umgelegt werden, da der Ausbau dieser Leitungen einen wichtigen Beitrag zur Umstellung der Stromerzeugung auf erneuerbare Energien in ganz Deutschland leistet.
- Neben dem Netzausbau wollen wir die Forschung und Entwicklung für andere intelligente Lösungen der Energiespeicherung (z. B. Brennstoffzellen) und des Energietransports (z. B. Smart Grids) verstärken. Insbesondere werden wir die Verknüpfung regenerativer Energieerzeugung mit virtuellen Kraftwerken sowie die Entwicklung neuer Energietechnologien wie z. B. die Brennstoffzelle, die Wasserstofftechnologie und Hybridkraftwerke unterstützen und im Land zur Anwendung bringen. Wir werden uns für die Errichtung eines grenzüberschreitenden Forschungszentrum für Erneuerbare Energien der südlichen Ostseeregion an einem Standort in Mecklenburg-Vorpommern einsetzen.
- Wir wollen nicht, dass der Energiemarkt von wenigen Energiekonzernen beherrscht wird. Deshalb setzen wir uns für einen fairen Wettbewerb ein. Für eine nachhaltige Ausrichtung der Energieversorgung setzen wir auf dezentrale Strukturen. Das stärkt die kommunale Verantwortung. Wir unterstützen die Stadtwerke als Motor der Energiewende und eine Rekommunalisierung der Versorgungsnetzwerke. Die vorhandenen Potenziale der erneuerbaren Energien eröffnen den Kommunen vielfältige Chancen der lokalen Teilhabe und Wertschöpfung, und sie sind ein wichtiger Baustein unserer Energiepolitik.
- Grundlage für den Umstieg auf erneuerbare Energien sind Forschung und Entwicklung. Wir werden die Wirtschafts- und Technologieförderung stärker auf den Bereich der erneuerbaren Energien ausrichten. Um die Einwerbung von Bundesforschungsmitteln zu verbessern, müssen die notwendigen Voraussetzungen geschaffen werden. Dazu gehören geeignete Organisationsstrukturen und die Mitgliedschaft im Forschungsverbund Erneuerbare Energien (FVEE). Für die erfolgreiche Energiewende werden wir verlässliche Rahmenbedingungen herstellen, konkrete investive Anreize schaffen und die Öffentlichkeitsarbeit über Möglichkeiten der Energieeinsparung und Energieumstellung weiter verstärken. Wir wollen an einer zentralen Stelle alle Kräfte zur Umsetzung der Neuen Energiepolitik bündeln. Dazu gehören vor allem die unabhängige Beratung und der Service aus einer Hand für Unternehmer, Kommunen, Bürgerinnen und Bürger und die Organisation von Netzwerken und Beteiligungsprozessen. Mit dem Landeszentrum für erneuerbare Energien (Leea) in Neustrelitz schaffen wir ein Kompetenzzentrum, mit dem wir der Wirtschaft und unseren Bürgerinnen und Bürgern Informationen, Demonstrationen, Wissensvermittlung und Netzwerkbildung zum Thema erneuerbare Energien optimiert anbieten können. Wir werden die Arbeit des Klima-Rates im Sinne einer nachhaltigen Klimaschutzpolitik unterstützen.

Eine solide Finanzpolitik

Eine solide Finanzpolitik ist Voraussetzung für nachhaltiges politisches Handeln. Sie sichert die Handlungsfähigkeit des Staates. Nur ein handlungsfähiger Staat ist in der Lage, die Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger nach gesellschaftlichem, wirtschaftlichem und sozialem Fortschritt zu erfüllen.

Solide Finanzpolitik berücksichtigt die nachfolgenden Generationen. Denn es ist zutiefst ungerecht, wenn wir unseren Kindern und Enkelkindern die Bürde einer großen Staatsverschuldung überlassen. Viele Wünsche, die wir uns heute auf Pump erfüllen, werden unsere Nachkommen um das Mehrfache belasten.

Und nicht zuletzt stärkt eine solide Finanzpolitik den Wirtschaftsstandort Mecklenburg-Vorpommern. Investoren erkennen zunehmend, dass unser Bundesland zuverlässig regiert wird und die politische Handlungsfähigkeit auf lange Jahre gesichert ist.

Die SPD will deshalb ihre solide Finanzpolitik der vergangenen zwölf Jahre fortsetzen. Unser Ziel bleibt eine Politik, die ohne neue Schulden auskommt und zugleich klare Schwerpunkte in den Bereichen Wirtschaft und Arbeitsplätze, Bildung sowie Familie und Kinder setzt.

Denn Investitionen, die sich erst in mehreren Jahren refinanzieren, können auch sinnvoll sein. Des Weiteren müssen in wirtschaftlich guten Zeiten Rücklagen gebildet werden, um in Krisenzeiten darauf zurückgreifen zu können.

Wir wollen auch in Zukunft die Verpflichtungen aus dem Solidarpakt erfüllen und überdurchschnittlich hohe Investitionsausgaben leisten. Dies ist gut für die Wirtschaft in unserem Land und notwendig, um die noch immer vorhandene teilungsbedingte Infrastrukturlücke zu schließen.

Ab dem Jahr 2020 können wir nicht mehr mit den Sonderzuweisungen für die östlichen Länder rechnen. Das bedeutet auch, dass wir einen Großteil unserer Investitionsausgaben selbst erwirtschaften müssen. Hierfür ist es notwendig, die laufenden Ausgaben stabil zu halten. Das ist eine Herausforderung, weil Tarifsteigerungen und Einnahmerückgänge ausgeglichen werden müssen. Bei der Finanzierung unserer politischen Schwerpunkte werden wir uns auf das Wesentliche konzentrieren, Mehrausgaben in diesen Bereichen müssen durch Einsparungen an anderer Stelle ausgeglichen werden. Um die Ausgaben zu senken, werden wir die beschlossene Verwaltungsreform und das vereinbarte Personalkonzept konsequent umsetzen.

Land und Kommunen können nur gemeinsam die Aufgaben für Bürgerinnen und Bürger sichern. Die SPD wird eine angemessene aufgabengerechte Finanzausstattung der Kommunen bei Weiterentwicklung des Gleichmäßigkeitsgrundsatzes gewährleisten. Die Zentren sollen weiter gestärkt werden. Durch sachlichen Diskurs mit praxisbezogener Rückkopplung ist die Akzeptanz von Verteilungsveränderungen bei tendenziell sinkenden Einnahmen zu gewährleisten. Weiter ist die Entwicklung der wesentlichsten Aufgaben zu beobachten und zu bewerten.

Die SPD setzt sich auf Bundesebene für den Erhalt der Gewerbesteuer und die Verbreiterung der Besteuerungsgrundlagen als wichtige Einnahmequelle der Kommunen ein. Auch wendet sie sich gegen alle Steuersenkungspläne der Bundesregierung, die mit neuen Schulden und auf Kosten der Länder und Kommunen finanziert werden sollen.

Die Sparkassen sind als öffentlich-rechtliche Finanzinstitute zu erhalten. Sie haben sich in der Finanz- und Wirtschaftskrise dank ihrer regionalen Verwurzelung als Hort von Stabilität und Seriosität erwiesen. Als zuverlässiger und starker Partner sind sie für das Handwerk und die kleinen und mittleren Unternehmen vor Ort unverzichtbar. Zudem fördern sie vielerorts das ehrenamtliche Engagement im kulturellen, sportlichen und sozialen Bereich.

Mecklenburg-Vorpommern in Europa

Wir wollen in guter Nachbarschaft mit unseren Nachbarn in Europa leben. Mit dem Beitritt der ost-europäischen Staaten zur Europäischen Union ist Mecklenburg-Vorpommern von der EU-Außengrenze in die Mitte einer großen Gemeinschaft gerückt. Das eröffnet unserem Land Chancen.

Für die SPD Mecklenburg-Vorpommern ist die Förderung des europäischen Gedankens ein Weg, das Land als offene Gesellschaft, frei von Extremismus und Gewalt, nach vorne zu bringen. Wir werden uns gegenüber der EU aber auch weiter für die Interessen des Landes einsetzen.

Nach der Verwirklichung der Wirtschafts- und Währungsunion ist uns wichtig, dass die soziale Dimension des europäischen Einigungsprozesses in den Vordergrund gerückt wird. Ziel ist, Arbeitnehmerrechte und Mitbestimmung auf europäischer Ebene abzusichern und weiter auszubauen. Wir stellen uns gegen eine Abwärtsspirale bei Löhnen und sozialen Standards in Europa. Lohn- und Sozialdumping darf kein Raum gegeben werden.

Der Kooperation mit den europäischen Nachbarstaaten, insbesondere mit Polen, kommt eine besondere Bedeutung zu. Wir pflegen die Zusammenarbeit mit unseren polnischen Partnerregionen Westpommern und Pommern sowie unseren anderen Partnerregionen im Ostseeraum. Besonders wertvoll ist, dass diese Partnerschaften vor Ort durch bürgerschaftliches Engagement weiter vorangebracht werden. Die SPD Mecklenburg-Vorpommern unterstützt diese Kooperationen auch im Rahmen des „Parlamentsforums südliche Ostsee“ und der „Ostseeparlamentarierkonferenz“ zur Umsetzung der EU-Ostseestrategie. Das ist insbesondere im Hinblick auf Tourismus, Wirtschafts- und Energiepolitik wichtig für unser Land.

3. Familie, Kinder, Jugend und Soziales – ein Land für alle Menschen

Kinderland^{MV} weiter voran bringen

Die SPD Mecklenburg-Vorpommern hat 2007 mit dem Programm Kinderland^{MV} einen klaren Kurs gesetzt: Wir wollen mit vereinten Kräften Mecklenburg-Vorpommern Schritt für Schritt zum kinder- und familienfreundlichsten Bundesland machen. Eine zukunftsweisende Familienpolitik ist für uns immer mit einer erfolgreichen Politik für die Gleichstellung von Frauen und Männern, Mädchen und Jungen verbunden. Zur Familienpolitik gehört für uns auch, die Lebensbedingungen der älteren Menschen im Land zu verbessern. Denn Familie sind nicht nur Eltern mit kleinen Kindern. Familie ist für uns überall da, wo Menschen zusammenleben und füreinander Verantwortung übernehmen. Menschen, die auf soziale Unterstützung angewiesen sind, lassen wir auch künftig nicht im Stich.

Das haben wir erreicht

In den letzten Jahren hat die SPD das Land kinder- und familienfreundlicher gemacht:

- Wir investieren mit dem neuen Kindertagesförderungsgesetz zu den bisherigen knapp 100 Millionen Euro weitere rund 30 Millionen Euro jährlich in eine bessere frühkindliche Bildung und Betreuung.
 - Wir haben die Elternbeiträge im letzten Kita-Jahr reduziert. Dafür investiert das Land jährlich rund sieben Millionen Euro.
 - Wir ermöglichen Kindern aus sozial schwachen Familien ein kostenloses Mittagessen in der Kita. Dafür investiert das Land jährlich über sieben Millionen Euro.
 - Die Kommunen erhalten aufgrund der gestiegenen Kinderzahlen jährlich fünf Millionen Euro mehr für die allgemeine Kindertagesförderung, damit die Elternbeiträge stabil bleiben können.

- Wir investieren fünf Millionen Euro jährlich für mehr Qualität in unseren Kindertagesstätten, zum Beispiel, indem wir Erzieherinnen und Erzieher mehr Vor- und Nachbereitungszeiten ermöglichen.
- Weitere fünf Millionen Euro werden gezielt für mehr individuelle Förderung von Kindern mit besonderem Förderbedarf in Kitas in sozialen Brennpunkten investiert.
- Das Land zeichnet im Rahmen von Wettbewerben jährlich die familienfreundlichste Kommune und den familienfreundlichsten Betrieb aus.
- Die vielen lokalen Bündnisse für Familien und deren Vernetzung werden mit Mitteln des Landes unterstützt. Das gilt auch für das „Kompetenzzentrum Vereinbarkeit Leben MV“ mit seinem vielfältigen Informations- und Beratungsangebot.
- Das Land fördert den beruflichen Wiedereinstieg für Frauen und Männer nach der Elternphase und unterstützt bessere Rahmenbedingungen, insbesondere flexible Kinderbetreuungsangebote flächendeckend im ganzen Land.
- Wir haben die Mitwirkungsrechte von Kindern und Familien zum Beispiel im Rahmen des Familienkonvents erweitert.

Das haben wir vor

Wir wollen auch in Zukunft in Mecklenburg-Vorpommern die Weichen für mehr Bildung und Chancengleichheit stellen, um auf dem Weg zum Kinderland^{MV} weiterzukommen.

Unsere wichtigsten Ziele sind: Entlastung der Eltern bei den Krippenbeiträgen, Verbesserung der Qualität der frühkindlichen Bildung und Betreuung, vor allem durch die schrittweise Verbesserung der Fachkraft-Kind-Relation und die schrittweise Einführung eines kostenlosen Mittagessens für alle Kinder in den Kindertagesstätten.

Wir entlassen den Bund dabei nicht aus seiner Verantwortung. Es ist Aufgabe der Bundesregierung, allen Kindern in Deutschland gleiche Start- und Lebenschancen zu ermöglichen. Wir sagen aber genauso klar: Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in Mecklenburg-Vorpommern sind bereit, mehr zu tun, um allen Kindern und Jugendlichen, Mädchen und Jungen die bestmögliche Bildung und Ausbildung zu ermöglichen. Das ist eine Frage der sozialen Gerechtigkeit für alle und der Zukunftssicherung für unser Land.

Bis zum Jahr 2016 wollen wir 40 Millionen Euro zusätzlich in das Kinderland^{MV} investieren. Sieben Millionen davon werden ab 2011 für die Verbesserung des Betreuungsschlüssels auf 1:17 in allen Kindergärten eingesetzt. Wir sagen klar: Das ist angesichts der schwierigen Finanzlage ein gewaltiger Kraftakt und eine deutliche Schwerpunktsetzung. Wir können die geplanten Verbesserungen daher **nur schrittweise** umsetzen. Weiteren Spielraum gibt es leider nicht. Die SPD Mecklenburg-Vorpommern steht für zwölf Jahre **solide und verlässliche Haushaltspolitik**, die uns jetzt die Möglichkeit gibt, Schritt für Schritt die wichtigsten Ziele unseres politischen Schwerpunktes Kinderland^{MV} bis 2016 umzusetzen.

Folgende konkrete Schritte wollen wir bis spätestens 2016 gehen:

1. Wir werden Eltern von zu hohen Krippenbeiträgen entlasten.

Wir wollen schrittweise die **Beiträge für die Krippe absenken und an die Beitragshöhe im Kindergarten angleichen**. Das entspricht einer Reduzierung von rund 100 Euro im Monat pro Kind und damit insgesamt rund **15 Millionen Euro** pro Jahr.

2. Wir werden die Qualität der frühkindlichen Bildung und Betreuung weiter stärken, vor allem durch die schrittweise Verbesserung der Fachkraft-Kind-Relation im Kindergarten auf 1:15 bis zum Jahr 2016.

Dadurch haben die Erzieherinnen und Erzieher **mehr Zeit für Kinder**. Sie werden diese Zeit für die individuelle Förderung nutzen können. Den ersten Schritt haben wir mit der Absenkung des Betreuungsschlüssels auf 1:17 bereits gemacht. Für die weitere Absenkung auf 1:15 werden wir **15 Millio-**

nen Euro bereitstellen. Wir verpflichten uns, die durch Beobachtung, Dokumentation und individuelle Förderung aller Kinder bei der Arbeit in den Kindertagesstätten gewonnenen Erkenntnisse konsequent für mehr Qualität frühkindlicher Bildung und Betreuung zu nutzen, und wir wollen den besonderen Anforderungen von sozialen Brennpunkten weiter Rechnung tragen.

Mehr Qualität in der frühkindlichen Bildung müssen aber auch die Kinder erfahren, die durch außergewöhnliche Begabungen (auch Hochbegabungen) einen besonderen Förderbedarf haben. Diese Begabungen müssen oftmals erst erkannt werden. Hier gilt es, die Erzieherinnen und Erzieher für dieses Thema zu sensibilisieren und auch Weiterbildungen anzubieten.

3. Wir werden schrittweise ein kostenloses Mittagessen für alle Kinder in der Kindertagesbetreuung einführen.

Bislang finanziert das Land in den Kitas ein gesundes und kostenloses Mittagessen für Kinder aus finanziell schwachen Familien. Wir wollen schrittweise erreichen, dass **alle Kinder** in Krippen und Kindergärten von diesem Angebot profitieren.

Auf Bundesebene hat die SPD durchgesetzt, dass der Bund künftig einen Zuschuss geben wird, wenn Kindern aus finanziell schwachen Familien in Kitas und Schulen ein Mittagessen angeboten wird. Wir halten das für einen richtigen, wenn auch nicht ausreichenden Schritt. Soweit durch diesen Schritt Entlastungen für das Land entstehen, wollen wir diese Mittel nutzen, um unser Angebot an kostenloser Verpflegung in Kitas auszuweiten.

Im **Grundschulbereich** halten wir es für sinnvoll, dass alle Grundschulklassen gemeinsam eine Frühstückspause mit gesunder Ernährung gestalten. Das ist sowohl für die Gesundheit, die Bildung und das soziale Miteinander der Kleinen ein wichtiger Beitrag. Dafür sehen wir in erster Linie die Eltern in der Pflicht, ihren Kindern ein Frühstück mitzugeben. Dort, wo dies nicht oder unzureichend erfolgt, wollen wir Wege finden, gemeinsam mit Partnern, zum Beispiel den Tafeln, Versorgungslücken zu schließen.

Zu einer gesunden Ernährung in den Kindertagesstätten und Grundschulen gehören für uns Gesundheitserziehung, pädagogische Hilfen, aber auch die Entwicklung von gesunden Vital-Menüs aus heimischer Produktion. Flankiert werden soll die gesunde Ernährung durch ausreichende Bewegung.

Beim **Kinderschutz** werden wir unseren erfolgreichen Weg fortsetzen, Familien und Kinder in Risikolagen besonders zu unterstützen, zu beraten und zu begleiten. Die von uns eingeführten Maßnahmen wie das Erinnerungssystem für Vorsorgeuntersuchungen, die Kinderschutz-Hotline, das Kompetenzzentrum „Frühe Hilfen“ oder das Angebot von Familienhebammen werden wir in einem **Kinderschutzgesetz Mecklenburg-Vorpommern** absichern. Um die besondere Schutzbedürftigkeit von Kindern zu verdeutlichen, wollen wir das **Recht eines jeden Kindes auf Entwicklung und Entfaltung seiner Persönlichkeit, auf gewaltfreie Erziehung und auf den besonderen Schutz der Gemeinschaft vor Gewalt, Vernachlässigung und Ausbeutung in die Landesverfassung** aufnehmen. Das Konzept wird ergänzt durch weitere Angebote, z. B. lokale Netzwerke Kinder- & Jugendschutz je Kreis und kreisfreier Stadt. Wir werden unsere erfolgreiche Arbeit zum Schutz vor sexualisierter und häuslicher Gewalt auch weiterhin fortsetzen.

Die SPD wird auch in Zukunft Ansätze für mehr Familienfreundlichkeit unterstützen. So werden wir die gute Zusammenarbeit mit den **Lokalen Bündnissen für Familien** fortführen und die **Wettbewerbe „Familienfreundliche Kommune“** und **„Familienfreundliches Unternehmen“** fortsetzen.

Jugend

Mecklenburg-Vorpommern hat für junge Menschen eine Menge zu bieten. Im Vergleich zu den vergangenen Jahren ergeben sich künftig viel bessere Lebens- und Berufsperspektiven für junge Menschen und Familien. Schon im Jahr 2010 gab es mehr Plätze für Auszubildende, als nachgefragt wur-

den. Die Prognosen für die kommenden Jahre sehen ein immer größer werdendes Angebot gegenüber der Nachfrage. Das gleiche gilt für die Arbeitsplätze, vor allem für besondere Fachberufe.

Qualitativ hochwertige und vielfältige Angebote für Studierende an den Hochschulen des Landes, vergleichsweise günstiger Wohnraum, gute Angebote für junge Familien bezüglich der Kindertagesstätten und eine saubere Natur und schöne Landschaften – alles hervorragende Rahmenbedingungen für junge Menschen, JA zu Mecklenburg-Vorpommern zu sagen, um die uns andere Regionen in Deutschland beneiden.

Das haben wir erreicht

- Wir haben in Mecklenburg-Vorpommern **vielfältige, starke und attraktive Jugendorganisationen und Initiativen**, die vom Land gefördert werden. Nur durch engagierte ehrenamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die von hauptamtlichen Kräften in ihrer Arbeit für jungen Menschen bei der sportlichen, sozialen und ökologischen Jugendarbeit unterstützt werden, lebt eine solidarische und kreative Mitmachgesellschaft.
- Hunderten von jungen Menschen, die sich nach der Schule und vor Beginn der Ausbildung orientieren wollen, bieten wir Plätze im **Freiwilligen Sozialen und Ökologischen Jahr** an. Dafür stellt das Land neben dem Bund in der laufenden fünfjährigen Förderperiode der Europäischen Union insgesamt sechs Millionen Euro zur Verfügung.
- Wir haben seit 2004 sechs **Produktionsschulen** aufgebaut, in denen wir rund 1.500 jungen Menschen, denen der Weg zur Ausbildung erschwert war, besonders unterstützen, um zu ermöglichen, dass sie einen Schulabschluss erreichen, und ihnen damit bessere Chancen auf dem Arbeitsmarkt zu geben. Dafür investiert das Land zwischen 2007 und 2009 sieben Millionen Euro.
- Die **Jugend- und Schulsozialarbeit** vor Ort in den Schulen und Kommunen wird seit 2007 vom Land mit Mitteln der Europäischen Union in Höhe von insgesamt 29 Millionen Euro unterstützt (Förderperiode bis 2013).
- Mit dem **Landesprogramm „Jugendberufshilfe“** werden im Land zehn Kompetenzzentren gefördert, die junge Menschen unterstützen, in Ausbildung zu kommen.
- Wir haben eine **Internationale Jugendherberge** im ehemaligen KdF **Prora** durch umfangreiche Umbauten und Sanierung eingerichtet und damit für den **Jugendtourismus** an der Ostseeküste eine besonders attraktive Anlaufstelle geschaffen. Das Land unterstützt das 16-Millionen-Projekt mit rund 4,4 Millionen Euro.
- Seit 2008 gibt es in Mecklenburg-Vorpommern eine landesweite **Kinderschutz-Hotline**, seit 2010 auch ein **Elterntelefon**. Dort wird Kindern und Jugendlichen und Eltern anonym bei Fragen der persönlichen Alltagsbewältigung und besonders in Krisensituationen geholfen. Das Zusammenwirken der Akteure der Jugendhilfe und Polizei funktioniert hervorragend.

Das wollen wir erreichen

- Wir werden das **Kinder- und Jugendförderungsgesetz** des Landes **anpassen**. Vor dem Hintergrund einer geringeren Zahl von Kindern und Jugendlichen wollen wir dennoch eine ausreichende finanzielle und personelle Absicherung der freien Jugendarbeit im Land, insbesondere in ländlichen Regionen, absichern. Wir wollen junge Menschen unterstützen, wenn sie sich in Sportvereinen, bei der Feuerwehr, bei Rettungs- und Hilfsorganisationen oder Ähnlichem engagieren.
- Wir wollen die **Jugend- und Schulsozialarbeit** auf hohem Niveau **absichern** und weiterentwickeln und setzen dabei auch auf die Unterstützung und Mitfinanzierung des Bundes.
- Die Angebote für **Freiwilligen Dienste** sind **auszubauen**, damit jeder Interessierten/jedem Interessierten ein Platz angeboten werden kann. Nach der geplanten Aussetzung der Wehrpflicht müssen die **Angebote auf Bundes- und Landesebene zusammengeführt** werden.
- Nach wie vor gibt es zu viele junge Menschen, die ohne einen Abschluss die Schule verlassen. Diesen jungen Menschen müssen weiterhin zweite und dritte Chancen angeboten werden, den

Abschluss nachzuholen und damit ihre Chancen auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt zu verbessern. Deshalb werden wir die **Produktionsschulen absichern**. Dazu werden wir auch weiterhin die Unterstützung des Bundes einfordern.

- Das Thema „**Partizipation junger Menschen**“ in unserer Gesellschaft als Basis für eine lebendige und offene Demokratie werden wir zusammen mit dem Landesjugendring voranbringen. Landesweite Projekte, wie die Beteiligungswerkstatt und „Jugend im Landtag“, aber auch regionale Beteiligungsprojekte wie Jugendparlamente und Jugendzentren werden wir weiterhin unterstützen.
- Ganzheitliche Bildung erwächst auch aus ästhetischer Erziehung, deshalb werden wir auch in Zukunft Aktivitäten und Initiativen, die sich besonders für **kulturelle Kinder- und Jugendarbeit** engagieren, unterstützen. Dabei ist uns besonders wichtig, das Zusammenwirken von Kultur- und Bildungseinrichtungen noch weiter zu verbessern.

Frauen und Gleichstellung

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten machen uns für die Chancengleichheit von Frauen und Männern in Mecklenburg-Vorpommern stark. Unsere Politik werden wir auch weiter so gestalten, dass bei all unseren Maßnahmen unterschiedliche Auswirkungen auf Männer und Frauen berücksichtigt werden. Dort, wo es noch Nachteile für Frauen gibt, werden wir diesen mit aller Kraft entgegenwirken. Die tatsächliche Gleichstellung von Männern und Frauen bleibt ein zentrales Ziel sozialdemokratischer Politik.

Die SPD setzt sich für ein tolerantes und weltoffenes Mecklenburg-Vorpommern ein, das Ausgrenzung, Diskriminierung und Homophobie aktiv bekämpft. Wir sagen ganz klar: Die Unterschiedlichkeit verschiedener Lebensformen ist eine Bereicherung unseres Zusammenlebens; wir unterstützen eine Ergänzung des Art. 3 GG um die sexuelle Identität.

Das haben wir erreicht

- Frauen und Männer können in Mecklenburg-Vorpommern Familie und Beruf deutlich besser vereinbaren als in den meisten anderen Bundesländern. Die Erwerbstätigenquote von Müttern und Vätern ist bundesweit Spitze.
- Die Umsetzung der Gleichstellung von Frauen und Männern ist in Mecklenburg-Vorpommern für alle Politikbereiche verbindlich und ist Querschnittsziel in zahlreichen Programmen des Landes, so zum Beispiel in den Operationellen Programmen zu den EU-Strukturfonds oder im Programm Arbeit durch Bildung und Innovation.
- Mit vielen konkreten Maßnahmen zur Unterstützung von Frauen in Wissenschaft und Wirtschaft, wie z. B. Karrierewege für Frauen in Wissenschaft und Wirtschaft, Aufstiegschancen für Frauen in Unternehmen, haben wir dazu beigetragen, dass der Frauenanteil in Führungspositionen in Mecklenburg-Vorpommern auf 24 Prozent gestiegen ist.
- Mit der Aktion „Unternehmensnachfolge ist weiblich“ haben wir Frauen ermutigt, eine Firma zu übernehmen.
- Wir setzen uns für gleichen Lohn bei gleicher und gleichwertiger Arbeit ein. Im Rahmen der bundesweiten Initiative „Equal Pay Day“ wurde mit landesweiten Aktionen auf das Thema Entgeltungleichheit aufmerksam gemacht.
- Wir haben den Girls' Day – Mädchen-Zukunftstag in Mecklenburg-Vorpommern zu einer Erfolgsmarke gemacht und Mädchen ermutigt, die Möglichkeiten des gesamten Ausbildungs- und Studienangebots zu nutzen. Der Anteil der daran teilnehmenden Unternehmen und Schülerinnen steigt kontinuierlich.

- Mit Angeboten zur Weiterbildung in der Eltern- und Familienzeit erleichtern wir zum Beispiel den Wiedereinstieg ins Erwerbsleben nach familienbedingten Unterbrechungen der beruflichen Tätigkeit.
- Für Opfer häuslicher und sexualisierter Gewalt, auch für von Gewalt betroffene Kinder und Jugendliche halten wir in Mecklenburg-Vorpommern landesweit ein umfassendes Beratungsnetz vor. Durch diese Hilfsangebote, bestehend aus Frauenhäusern, ambulanten Beratungseinrichtungen für Opfer häuslicher und sexualisierter Gewalt und Interventionsstellen einschließlich Beratung für von Gewalt betroffene Kinder, ist es vielen Opfern gelungen, ein neues Leben ohne Gewalt zu führen.
- Für Opfer von Menschenhandel und Zwangsprostitution haben wir eine Beratungsstelle eingerichtet.
- Zur Bekämpfung von Stalking wurden eine Expertengruppe gebildet und eine Handreichung erarbeitet, die über die Grenzen unseres Landes hinaus beispielhaft ist.
- Das Thema Frauen und Gleichstellung ist in der SPD-geführten Landesregierung zentral in der Staatskanzlei angesiedelt. Mit dem Gleichstellungsgesetz und der Gleichstellungskonzeption haben wir Instrumente geschaffen, um die Gleichstellung voranzubringen.
- Für die Umsetzung der Gleichstellung sind Gleichstellungsbeauftragte auf allen Ebenen tätig. Wir haben uns erfolgreich dafür eingesetzt, dass auch in den neuen Kreisen hauptamtliche Gleichstellungsbeauftragte in Vollzeit beschäftigt und mit den zur Erfüllung ihrer Aufgaben notwendigen Mitteln ausgestattet werden, damit diese weiterhin auf kommunaler Ebene Maßnahmen für die Gleichstellung von Männern und Frauen umsetzen können.

Das haben wir vor

- Der Teilung des Arbeitsmarkts in männer- und frauenspezifische Branchen und der damit verbundenen unterschiedlichen Entlohnung von Männern und Frauen muss entgegengewirkt werden. Wir setzen uns auf Bundesebene dafür ein, dass das Allgemeine Gleichstellungsgesetz um ein explizites Verbot von Entgeltdiskriminierung ergänzt wird und ein Entgeltgesetz erarbeitet wird. Bei der Vergabe öffentlicher Aufträge sollen nur Unternehmen berücksichtigt werden, die Frauen und Männer gleich entlohnen. Wir wollen eine Berufsorientierung geschlechtersensibel fördern.
- Jungen können derzeit in der Schule ihr Potenzial nicht so gut entwickeln wie Mädchen. Mädchen haben trotz besserer Bildungsabschlüsse schlechtere Berufsaussichten und Karrierechancen als Jungen. Um sowohl Jungen als auch Mädchen in Erziehung und Bildung gerecht zu werden, ist ein geschlechtergerechter Ansatz als Leitprinzip notwendig. Der geschlechtergerechte Ansatz muss sowohl in der Ausbildung als auch in der Fort- und Weiterbildung von Lehrerinnen und Lehrern sowie Erzieherinnen und Erziehern umgesetzt werden.
- Zur Erhöhung des Frauenanteils in naturwissenschaftlichen und technischen Berufen sind weitere Maßnahmen für eine geschlechtergerechte Berufsfrühorientierung und zur Unterstützung von Frauen in der Wissenschaft notwendig. Wir wollen den Frauenstudiengang Wirtschaftsingenieurwesen an der Fachhochschule Stralsund erhalten.
- Der Frauenanteil in den Führungspositionen von Staat, Unternehmen und Wissenschaft muss steigen. Wir setzen uns auf Bundesebene für die gesetzliche Quotierung von Aufsichtsräten und Vorständen in Unternehmen ein.
- Wir werden gemeinsam mit der Wirtschaft eine landesweite Kampagne zu Frauen in Führungspositionen ins Leben rufen. Zudem werden wir uns für eine Zielvereinbarung mit den Wirtschaftsverbänden in Mecklenburg-Vorpommern einsetzen, um so den Anteil von Frauen in Führungspositionen zu erhöhen.

- In der Landesverwaltung werden wir mit einem Frauenförderprogramm dafür sorgen, dass mehr Frauen in Führungspositionen tätig sind. Wir wollen Frauen ermuntern, sich in der Politik zu engagieren. Dazu werden wir geeignete Maßnahmen wie z.B. ein Mentoringprogramm entwickeln.
- Wir werden die Erhöhung des Frauenanteils in Aufsichtsratsgremien landeseigener Unternehmen weiter befördern. Außerdem wollen wir uns dafür einsetzen, dass sich die kommunale Ebene dazu verpflichtet, den Frauenanteil in Aufsichtsratsgremien in kommunalen Unternehmen zu erhöhen.
- Die Einbeziehung der Kompetenz aus Wissenschaft, Forschung, Praxis und Politik für eine geschlechtergerechte Gesundheitspolitik wird in der Steuerungsgruppe „Gender und Gesundheit“ fortgeführt.
- Wir werben weiterhin für einen modernen Vereinbarkeitsbegriff, der die verschiedenen Lebensphasen berücksichtigt. Neben Kinderbetreuung gehört für uns auch die Betreuung älterer Angehöriger hinzu. Zur Umsetzung der besseren Vereinbarkeit von Erwerbs- und Familienleben werden innovative Maßnahmen und Projekte unterstützt, die diesen Gedanken auch an die klein- und mittelständischen Unternehmen herantragen. Wir werden für diesen Prozess ein kompetentes Informations- und Beratungsangebot wie zum Beispiel das „Kompetenzzentrum Vereinbarkeit Leben in MV“ vorhalten.
- Mögliche Konsequenzen aus der Evaluation der Gewaltschutzeinrichtungen werden umgesetzt und der Landesaktionsplan gegen häusliche Gewalt weiterentwickelt. Darüber hinaus werden wir die rechtsmedizinischen Institute an den Universitäten in Rostock und Greifswald in Fällen sexualisierter und häuslicher Gewalt einbeziehen.
- Um die Wirksamkeit des Gleichstellungsgesetzes Mecklenburg-Vorpommern zu erhöhen, wird das Gleichstellungsgesetz überarbeitet. Die Beteiligungsrechte der Gleichstellungsbeauftragten und die Erstellung von Frauenförderplänen sollen dabei konkretisiert werden.

Wir werden weiterhin darauf achten, dass die kommunalen Gleichstellungsbeauftragten auf Landkreisebene den Vorgaben der Kommunalverfassung entsprechend eingesetzt und ausgestattet werden.

Gesundes Land – Gesunde Menschen: Gesundheitsland M-V stärken

Mecklenburg-Vorpommern ist ein Gesundheitsland. Heute arbeiten fast 90.000 Menschen in der Gesundheitswirtschaft, von den Krankenhäusern, Unikliniken, Kur- und Reha-Kliniken bis hin zu den ambulanten Einrichtungen. Zwischen 2008 und 2010 wurden im Land über 5.000 zusätzliche Arbeitsplätze im Gesundheits- und Sozialwesen geschaffen, so viel wie in keiner anderen Branche.

Wir werden den Weg konsequent weitergehen, Mecklenburg-Vorpommern zum **Gesundheitsland Nummer eins in Deutschland** zu machen. Dazu gehört für uns auch, aktive **Präventionsarbeit** auszuweiten und die medizinische Versorgung im gesamten Land, insbesondere in dünnbesiedelten, ländlichen Gebieten durch innovative Ansätze unter den Voraussetzungen einer älter werdenden Gesellschaft bedarfsgerecht zu sichern. Ideen und Projekte, die im Land entwickelt werden, finden auch über unsere Landesgrenzen hinaus Beachtung und dienen als Vorbilder.

Für uns gilt nach wie vor: Gesundheit muss für alle bezahlbar sein. Daher setzen wir uns auf Bundesebene weiterhin für eine **solidarische Bürgerversicherung** ein, die sich an der unterschiedlichen Leistungsfähigkeit der einzelnen Personen orientiert. Die stärkere Belastung geringerer Einkommen durch eine Kopfpauschale lehnen wir ab. Unsere Forderungen an die Gesundheitspolitik auf Bundesebene sind auch: die Angleichung an eine einheitliche **Bezahlung von medizinischen Dienstleistungen** der Krankenhäuser im gesamten Bundesgebiet, ein **solidarischer Finanzausgleich zwischen den Ländern** im Gesundheitswesen und **mehr Zusammenarbeit zwischen Krankenhäusern, Reha-Kliniken auf der einen Seite und niedergelassenen Ärzten** auf der anderen Seite. Und die **Mitbestimmung der Länder** bei der regionalen, sektorenübergreifenden Planung muss gestärkt werden.

Das haben wir erreicht

- Wir haben in Mecklenburg-Vorpommern 2008 als erstes Bundesland einen **Landesaktionsplan zur Gesundheitsförderung und Prävention** erarbeitet. Ziel des Aktionsplanes ist es, bessere Rahmenbedingungen für ein gesundes Aufwachsen der Kinder in unserem Land zu schaffen, Familien bei der Gesundheitserziehung zu unterstützen sowie mehr Teilhabe älterer Menschen zu ermöglichen, insgesamt also für alle mehr gesundheitliche Chancengerechtigkeit zu erreichen.
- Wir haben in den vergangenen Jahren jährlich rund 100 Millionen Euro in die **Modernisierung unserer Krankenhäuser** als Land investiert und damit diese zukunftsfest gemacht. Nach einer Phase der Umstrukturierung wollen wir die vorhandenen Angebote einer flächendeckenden, modernen und auch regional spezialisierten Krankenhausversorgung auf dem heutigen Niveau sichern.
- Wir haben das **Landeskrankenhausgesetz** den veränderten Rahmenbedingungen angepasst und dabei die Patientenrechte gestärkt, Bürokratie bei der Krankenhaushilfe abgebaut sowie Planungssicherheit und die notwendige Flexibilität für die Krankenhausbetreiber festgeschrieben.
- Wir haben mit dem Projekt **AGnES** (Arztentlastende Praxisassistent/-Innen), einer Regionskrankenschwester mit Zusatzausbildung und mehr Befugnissen bei der medizinischen Erstversorgung ein Lösungsmodell entwickelt, das sich bei uns im Land in der Praxis für eine besseren und effizientere Gesundheitsversorgung in ländlichen Regionen bewährt hat und als Konzept auch in anderen Regionen der Bundesrepublik nachgeahmt wird.
- Wir haben das Modellprojekt „**Gesundheitshaus Woldegk**“ mit wissenschaftlicher Begleitung der Universität Greifswald auf den Weg gebracht. Ziel ist es, die ambulante Versorgung durch Haus- und Fachärzte neu zu organisieren. In diesem neuartigen Gesundheitszentrum sollen die Medizinerinnen und Mediziner rollierend Sprechstunden abhalten und durch den Einsatz von Telemedizin das Angebot in einer dünnbesiedelten Region aufrechterhalten.
- Wir haben verschiedene Modellprojekte zur **Telemedizin** im Land gestartet, um damit eine wohnortnahe und moderne Diagnostik und Therapie zu ermöglichen und somit die Kooperation zwischen Haus- und Fachärzten mit Krankenhäusern und Kliniken zu verbessern. Die Angebote reichen von einem landesweiten Teleradiologie-Netzwerk über eine „elektronische Fallakte“ bis hin zur digitalen Vernetzung von 35 Kliniken in der Grenzregion zwischen Polen und Mecklenburg-Vorpommern, um damit eine medizinische Betreuung von Herz-, Schlaganfall- und Unfallpatienten rund um die Uhr zu ermöglichen.
- Wir haben das Thema **Ärzteversorgung in ländlichen Regionen** intensiv bearbeitet und unter anderem Initiativen gegenüber dem Bund gestartet sowie **zwei Professuren für Allgemeinmedizin** an den Hochschulen des Landes mit initiiert.
- Wir haben die **Palliativmedizin** und die **Hospizarbeit** im Land konzeptionell weiterentwickelt und durch zusätzliche Angebote ausgeweitet. Besonders wichtig ist uns dabei eine enge Verzahnung der stationären und ambulanten Einrichtungen bei der würdevollen Begleitung von sterbenden Menschen.
- Wir haben das Thema **Organspende** offensiv aufgegriffen und wollen durch Aufklärungsaktionen dazu beitragen, dass mehr Menschen sich mit diesem Thema auseinandersetzen und die Zahl derer, die sich durch einen Organspendeausweis klar zu einer Spende positionieren, in Mecklenburg-Vorpommern wächst.
- Wir haben mit dem **Nichtraucherschutzgesetz** den Schutz von Nichtrauchern deutlich gestärkt und dafür auch weitreichende Akzeptanz im Land erhalten.

Das wollen wir erreichen

- Wir wollen die **wohnortnahe und qualitativ hochwertige medizinische Grundversorgung** für die Patientinnen und Patienten in Mecklenburg-Vorpommern erhalten. Die SPD steht für den Erhalt

aller Krankenhäuser im Land. Dazu gehören für uns weiterhin Investitionen in die Krankenhäuser auf hohem Niveau, um diese leistungsfähig zu halten.

- Wir setzen uns für eine **stärkere Vernetzung von stationären und ambulanten medizinischen Angeboten** im Land ein. Planung und Organisation von medizinischen Versorgungsstrukturen müssen stärker auf regionaler Ebene mit der Kassenärztlichen Vereinigung, der Krankenhausgesellschaft, dem Land, den Kreisen und Kommunen erfolgen. Die Erkenntnisse aus einem Pilotprojekt im Landkreis Mecklenburg-Strelitz werden wir nutzen, um solche Ansätze auch in anderen Regionen des Landes zu etablieren. Dazu sind veränderte bundesrechtliche Rahmenbedingungen notwendig, für die wir uns gegenüber dem Bund einsetzen.
- Wir setzen uns für **neue Auswahlverfahren beim Medizinstudium** ein, um damit unter anderem den Beruf des **Hausarztes attraktiver** zu machen. Zusätzliche Weiterbildungsangebote und Anreizsysteme sowie Stipendienprogramme sollen helfen, um Ärzte für diese Tätigkeiten zu gewinnen.
- Wir wollen innovative Projekte wie die **AGnES** und das **Gesundheitshaus Woldegk** landesweit auf alle dünn besiedelte Regionen ausweiten und die Rahmenbedingungen für solche kooperativen und integrativen Ansätze verbessern. Dazu gehört auch eine bessere Bezahlung für die Regionskrankenschwestern.
- Wir werden die verschiedenen Organisationsformen bei der **Palliativmedizin und der Hospizarbeit** fördern und uns für **mehr Aus-, und Weiterbildungsangebote** an Ärzte und Pflegepersonal in diesem Bereich einsetzen.
- Wir werden das **Geriatriekonzept** des Landes in Zusammenarbeit mit den Akteuren des Gesundheitswesens im Land aufgrund der veränderten Anforderungen fortschreiben und damit ein neues Fundament für eine zukunftsgerichtete Weiterentwicklung der ambulanten, akutstationären und rehabilitativen Versorgung schaffen.
- Wir werden uns verstärkt darum bemühen, die **Dienstleistungen unserer starken Krankenhäuser und Reha-Kliniken auch für ausländische Patientinnen und Patienten** anzubieten.
- Wir werden uns auf Bundesebene dafür einsetzen, dass die **Interessen der Patientinnen und Patienten** in die gesundheitspolitischen Entscheidungen und Planungen des Gesundheitswesens **stärker einbezogen** werden. Das Interesse des Patienten muss viel stärker als bisher im Mittelpunkt der Überlegungen stehen.
- Wir werden den **Rettungsdienst** modernisieren und effizienter organisieren.

Wir werden unseren **Präventionsplan** in Mecklenburg-Vorpommern weiterentwickeln und fordern die **Bundesregierung** auf, endlich ein **Präventionsgesetz** vorzulegen. Dazu gehört u. a. auch, dass wir unsere Bemühungen auf Bundesebene für eine Regelung fortsetzen werden, dass Frauen im SGB II- und SGB XII-Bezug über das 20. Lebensjahr hinaus einen Anspruch auf Versorgung mit empfängnisverhütenden Mitteln, soweit sie ärztlich verordnet werden, erhalten.

Auf Landesebene werden wir bis zu einer bundesweiten Regelung Erfahrungen im Rahmen eines regionalen Modellprojektes sammeln.

Gutes und sicheres Leben im Alter in Mecklenburg-Vorpommern

Der „demografische Wandel“ ist in aller Munde. Wir wollen die Chancen und Potenziale einer veränderten Altersstruktur der Gesellschaft nutzen. Seniorinnen und Senioren verfügen über einen reichen Erfahrungsschatz, auf den die Arbeitswelt und die Gesellschaft nicht verzichten können. Seniorenpolitik ist deshalb für uns Querschnittspolitik. Sie betrifft alle Lebensbereiche.

Das haben wir erreicht

- Wir haben in barrierearmes und barrierefreies Wohnen investiert, Gemeinschaftseinrichtungen in Verbindung mit betreutem Wohnen gefördert und auch bei unserer öffentlichen Infrastruktur die Barrierefreiheit verbessert. Mecklenburg-Vorpommern ist gerade für ältere Menschen attraktiver geworden. Die Zahl älterer Menschen, die zu uns nach Mecklenburg-Vorpommern ziehen und hier leben wollen, steigt erfreulicherweise an.
- Wir haben mit dem Seniorenmitwirkungsgesetz den Seniorinnen und Senioren im Land mehr Mitwirkungsmöglichkeiten eröffnet. Dabei ist und bleibt der Landesseniorenbeirat ein wichtiger Partner für uns. Wir haben ihn begleitet und unterstützt, ebenso wie den Austausch und die Weiterbildung von lokalen Seniorenvertretungen.
- Wir haben den Wettbewerb „Seniorenfreundliche Kommune“ und die Landesseniorentage Mecklenburg-Vorpommern ins Leben gerufen, um gute Ideen weiterzuverbreiten.
- Wir haben die Voraussetzungen für die landesweite Errichtung von Pflegestützpunkten zur Beratung und Unterstützung von Pflegebedürftigen und deren Angehörigen aus einer Hand geschaffen. Mit dem Einrichtungsqualitätsgesetz haben wir für mehr Qualität und mehr Mitsprachemöglichkeiten der Angehörigen in der Pflege gesorgt. Auf den Landespflegetagen haben wir für die immer wichtiger werdenden Pflegeberufe geworben.

Das wollen wir erreichen

Wir wollen die Lebensbedingungen für ältere Menschen in Mecklenburg-Vorpommern weiter verbessern:

- **Mehr Teilhabe:** Statt ältere Menschen auszugrenzen, müssen sie in alle Gebiete des gesellschaftlichen Lebens integriert werden. Eine gute Möglichkeit der Mitwirkung ist durch das Seniorenmitwirkungsgesetz gegeben. Aber auch ein uneingeschränkter Zugang zu Bildung und Kultur, unabhängig vom Alter und sozialen Status, muss ermöglicht werden. Dazu gehören u. a. der Ausbau der Bildungsangebote an Hochschulen, Angebote speziell zum Seniorensport sowie die Förderung von Vereinen und von Selbsthilfegruppen für die ältere Generation.
- **Ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer** müssen die Chance haben, auch tatsächlich bis zum Renteneintritt zu arbeiten. Hier sind altersgerechte Arbeitsplätze ebenso gefragt wie Teilzeitmodelle, die den Übergang in den Ruhestand erleichtern. Dies wollen wir gemeinsam mit Arbeitgebern und Gewerkschaften voranbringen.
- **Bessere Wahrnehmung älterer Menschen im Wirtschaftsleben:** Ältere Menschen sind auch Kunden. Altersgerechte Produkte und Dienstleistungen werden immer wichtiger und stellen eine Marktlücke dar. Wir wollen deshalb in Mecklenburg-Vorpommern eine „Offensive Seniorenwirtschaft“ starten, um altersgerechte Produkte und Dienstleistungen zu fördern und innovative Beschäftigungsfelder zu erschließen. Dazu gehören auch eine barrierefreie Gestaltung des Tourismusangebotes und ein Verbraucherschutz, der die Bedürfnisse der Älteren besonders berücksichtigt und eine zielgruppenorientierte Beratung und Aufklärung für Ältere im Blickfeld hat.
- **Abbau von Altersdiskriminierung:** Diskriminierung verletzt die Menschenwürde und ist unsozial. Wir setzen uns dafür ein, dass das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG), das willkürliche Altersdiskriminierung im arbeits- wie auch im zivilrechtlichen Bereich untersagt, in Mecklenburg-Vorpommern konsequent umgesetzt wird.
- **Wir fördern den Dialog und die Solidarität zwischen den Generationen.** Die gewonnenen Jahre bei der Lebenserwartung ermöglichen eine neue Solidarität zwischen den Generationen. Diese Chance gilt es zu nutzen. Wir setzen uns für eine neue Solidarität ein und wollen entsprechende Rahmenbedingungen gestalten. Gestärkt werden müssen die generationenübergreifenden Freiwilligendienste.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen für ein **möglichst eigenständiges, gutes und sicheres Leben im Alter in M-V** sorgen.

- Nur weil man älter geworden ist, möchte man noch lange nicht die eigene Freiheit und Selbstständigkeit aufgeben. Trotzdem ist es natürlich so, dass einige ehemals ganz alltägliche Dinge wie das Bewirtschaften des eigenen Haushaltes, der Behördengang oder der Arztbesuch nicht mehr so mühelos möglich sind. Kleinste Hindernisse werden schnell zu großen Barrieren, und nicht nur im ländlichen Raum bekommt die eigene Mobilität einen immer größeren Stellenwert.
- Das Ziel der meisten älteren Menschen wird es bleiben, so lange wie möglich im eigenen Wohnumfeld zu bleiben. Wir fördern deshalb **moderne Wohnformen im Alter und barrierearmen und barrierefreien Wohnraum**. Städtebauförderung, Stadtentwicklung und Wohnungsbau wollen wir stärker an den Bedürfnissen einer alternden Gesellschaft ausrichten. Auch das Wohnumfeld muss barrierearm gestaltet werden, um ältere Menschen nicht sozial zu isolieren, sondern sie vielmehr am sozialen und kulturellen Leben der Gesellschaft teilhaben zu lassen. Zukunftsweisend ist auch die Förderung von Wohnprojekten mit integrierten und ambulanten Pflegediensten sowie Dienstleistungsangeboten und Service-Wohnen. Dafür werden wir spezielle Investitionsprogramme fortschreiben. Dennoch müssen neben ambulanten Betreuungsmöglichkeiten auch weiterhin qualitativ hochwertige Angebote der stationären Pflege bereitgehalten werden.
- Um älteren Menschen Teilhabe zu ermöglichen, brauchen wir eine altengerechte Infrastruktur mit entsprechenden öffentlichen Versorgungseinrichtungen und einen barrierefreien öffentlichen Personennahverkehr.

Über die Lebensbedingungen älterer Menschen wird auch in Berlin entschieden. Das gilt insbesondere für alle Fragen rund um die Rente. Die SPD in Mecklenburg-Vorpommern hat sich in den letzten Jahren klar zu diesem Thema positioniert. Die folgenden Positionen werden wir auch weiterhin für Sie in Berlin vertreten:

- Es kann nicht sein, dass es über zwanzig Jahre nach der Deutschen Einheit noch immer eine Rente Ost und eine Rente West gibt. Wir setzen uns dafür ein, dass die Rente in Ost und West schnellstmöglich angeglichen wird.
- Eine Anhebung des Renteneintrittsalters ist für uns nur unter der Voraussetzung denkbar, dass mindestens die Hälfte der 60-64-Jährigen auch tatsächlich einer sozialversicherungspflichtigen Arbeit nachgehen kann und dass für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die lebenslang körperlich hart gearbeitet haben, flexible Übergänge in die Rente geschaffen werden.
- Gerade in Ostdeutschland waren viele Menschen nach der Wende unverschuldet arbeitslos. Um Altersarmut zu vermeiden, setzen wir uns deshalb für die bessere Anrechnung von Arbeitslosenzeiten ein.
- Auch Niedriglöhne führen zu Altersarmut. Deshalb sind wir für die Einführung einer Mindestrente.

Eine Gesellschaft, in der mehr ältere Menschen leben, muss sich auf einen steigenden Bedarf an Pflege und Unterstützung einstellen. Dabei sollte so weit es geht auf die Bedürfnisse und Wünsche der Pflegebedürftigen und deren Angehörigen eingegangen werden.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten arbeiten weiter daran, dass die Rahmenbedingungen für eine gute Pflege in M-V besser werden. Daher setzen wir an folgenden Punkten an:

- **Weiterentwicklung der Pflegeberufe – Qualität der Pflege ausbauen:** Eine wichtige Voraussetzung für den Pflegeberuf besteht darin, die Akzeptanz für diesen Beruf zu verbessern. Ein Anfang ist mit der Einführung eines Mindestlohns in der Pflege gemacht. Wir lehnen eine ungleiche Bezahlung zwischen Ost und West ab. Im Übrigen darf der Mindestlohn nur die absolute Untergrenze bleiben. Gute Pflege hat mehr verdient. Die Pflege gehört zu den wichtigsten Dienstleistungen der Zukunft, denn die Zahl der hilfe- und pflegebedürftigen Menschen wird voraussichtlich steigen. Ebenso wird der Bedarf an Fachkräften für die Betreuung und Pflege älterer Menschen zunehmen. Um dauerhaft den Nachwuchs für die Pflegeberufe zu sichern, müssen die Zahl der Erstausbildungen gesteigert und die Angebote von Zusatzqualifizierungen, zum Beispiel in Zusammenarbeit mit der Bundesagentur für Arbeit, erhalten werden.

- Den regionalen **Pflegestützpunkten** kommt in unseren Augen in Zukunft eine besondere Bedeutung zu: Pflegestützpunkte bieten pflegebedürftigen Menschen und deren Angehörigen eine Beratung und Unterstützung „aus einer Hand“ an und schaffen zugleich regionale Netzwerke zur Verbesserung und Koordination der Zusammenarbeit aller Menschen, die an der Pflege beteiligt sind. Denn die Pflege der Zukunft wird unweigerlich eine Mischung von professionellen Angeboten, Betreuung durch Angehörige und bürgerschaftlicher Mithilfe sein. Besonders pflegende Angehörige und Ehrenamtliche benötigen unsere Unterstützung bei dieser wichtigen Aufgabe.
- Uns kommt es darauf an, dass die **Pflege von Angehörigen** nicht als individuelles Problem der einzelnen Familien betrachtet wird, sondern als **gesamtgesellschaftliche Aufgabe**. Sie muss geschlechtssensibel sein, um den individuellen Lebensentwürfen von Frauen und Männern gerecht zu werden. Wir werden uns insbesondere für eine **Verbesserung der Vereinbarkeit von Pflege, Beruf und Familie** einsetzen. Dazu gehören auch Angebote der Kurzzeit- und Tagespflege, um pflegende Angehörige zu entlasten. Wir setzen uns auf Bundesebene dafür ein, dass alle erwerbstätigen Frauen und Männer einen Anspruch auf Entgeltfortzahlung für die Dauer einer zehntägigen Freistellung zur Organisation der Pflege erhalten.
- Wir setzen uns insgesamt dafür ein, dass die altmodische und starre Unterscheidung zwischen **ambulanter und stationärer Pflege der Vergangenheit** angehört und vielmehr die echten Bedürfnisse der Pflegebedürftigen und deren Angehörigen im Vordergrund stehen. Je nach aktueller Bedarfslage muss es ganz selbstverständlich und durchlässig im Sinne einer Versorgungskette die Wahl zwischen ambulanter Versorgung in den eigenen vier Wänden, teilstationärer und stationärer Pflege geben.
- Wir setzen uns für die Umsetzung des neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffs auf Bundes- und Landesebene ein. Er führt zu mehr Gerechtigkeit im Pflegesystem. Statt der bisher drei Pflegestufen sieht er fünf Bedarfsgrade vor. Künftig werden dadurch auch die Bedarfe von Menschen mit Demenzerkrankungen berücksichtigt.

Inklusion als Ziel für Menschen mit Behinderung: Leben wie alle – mittendrin von Anfang an

Menschen mit Behinderung gehören für uns nicht an den Rand der Gesellschaft, sondern mitten hinein. Sie sollen gleichberechtigt am Leben in der Gesellschaft teilnehmen können und soweit wie möglich selbst über ihr Leben bestimmen können. Mit der Ratifizierung der UN-Behindertenrechtskonvention durch Deutschland im März 2009 gelten auch in unserem Land für Menschen mit Behinderung viel weitreichendere Rechte auf eine inklusive Partizipation und Teilhabe als zuvor. Das begrüßen wir sehr, und wir wollen uns als einen besonderen politischen und gesellschaftlichen Schwerpunkt für bessere Rahmenbedingungen zu deren praktischen Umsetzung in Mecklenburg-Vorpommern einsetzen.

Das haben wir erreicht

- Wir haben mit dem im Jahre 2006 verabschiedeten **Landesbehindertengleichstellungsgesetz** eine umfassende gesetzliche Grundlage geschaffen, damit Benachteiligungen von Menschen mit Behinderungen beseitigt und verhindert werden können. Alle Behörden des Landes und der Kommunen sind auf die Gleichstellung und Integration von Menschen mit Behinderungen verpflichtet. Besondere Schwerpunkte liegen auf **Barrierefreiheit** und **Teilhabe von Menschen mit Behinderung**.
- Wir haben uns für einen stärkeren Einfluss der Vereine und Verbände sowie Selbsthilfeorganisationen von Menschen mit Behinderungen eingesetzt.
- Wir sehen den **Integrationsförrerrat Mecklenburg-Vorpommern** als wichtiges und unverzichtbares Beratungsgremium für die Landesregierung an, gerade für Menschen mit Behinderungen. Dieses Gremium ist bundesweit einzigartig. Seine jährlichen Berichte an den Landtag, seine Mit-

wirkung an Gesetzesvorhaben der Landesregierung und sein Initiativ- und Veröffentlichungsrecht sind für uns wertvoll und hilfreich.

Das wollen wir erreichen

Die Schule der Zukunft ist eine **Schule des gemeinsamen Lernens**. Wir setzen auf das **Prinzip der Inklusion**. Ein inklusives Bildungssystem unterscheidet sich von einem integrativen Ansatz. Die integrative Pädagogik strebt die Eingliederung von Schülerinnen und Schüler in das allgemeine Bildungssystem an. Inklusion hingegen bedeutet, dass Strukturen und Didaktik von vornherein auf die Unterschiedlichkeit der Schülerinnen und Schüler und **individuelles Fördern und Fordern** ausgerichtet sind. Wir wollen eine Neuorientierung in der sonderpädagogischen Förderung hin zu einem inklusiven Bildungssystem.

- Rund achtzehn Prozent der Bevölkerung haben eine Behinderung, die wenigsten von ihnen von Geburt an. Es ist die zentrale Aufgabe des Sozialstaats, die Nachteile, die Menschen mit Behinderungen entstehen, auszugleichen und ihre **Teilhabe am gesellschaftlichen, am kulturellen und am Arbeitsleben zu gewährleisten**.
- Dafür bedarf es **besserer Rahmenbedingungen**. Wir wollen **so viele Menschen mit Behinderungen wie nur möglich in Regel-Kindergärten, Schulen, Universitäten, Betrieben und Verwaltungen ausbilden und beschäftigen**, statt zu viele von ihnen in speziellen Kindergärten, Förderschulen und Werkstätten für Menschen mit Behinderung unterzubringen.
- Gestärkt werden müssen diese speziellen **Einrichtungen für Menschen mit schweren und schwersten Behinderungen**, bei denen eine Förderung im regulären Schulbetrieb oder die Eingliederung in den allgemeinen Arbeitsmarkt nur sehr schwer möglich ist. **Wir müssen soweit wie möglich weg vom Fürsorgeprinzip, hin zum Grundsatz der Selbstbestimmung und gleichberechtigten Teilhabe**.
- Wir als SPD setzen uns dafür ein, dass in der nächsten Legislaturperiode mit betroffenen Verbänden und Experten ein **Landesaktionsplan M-V zur UN-Behindertenrechtskonvention** erstellt und dieser ständig weiterentwickelt wird. Deshalb setzen wir uns ein für die Gründung einer **Experten-Kommission zur UN-Konvention in M-V**.
- Unsere Maßnahmen für Barrierefreiheit im Nahverkehr, in Wohnungen und Tourismuseinrichtungen kommen auch Menschen mit Behinderungen zugute.

Bürgerschaftliches Engagement ganz groß in Mecklenburg-Vorpommern

Gerade in einem Flächenland wie Mecklenburg-Vorpommern kommt dem Ehrenamt eine besondere Bedeutung zu. Das vielfältige gesellschaftliche Engagement der Bürgerinnen und Bürger ergänzt nicht nur staatliche Angebote und Hilfen, sondern entwickelt auch Solidarität, Verantwortungsbewusstsein und Mitmenschlichkeit als wichtige Elemente einer sozialen und demokratischen Gemeinschaft. Hunderttausende Menschen in M-V arbeiten ehrenamtlich u. a. in Kirchen, Sport-, Schützen-, Heimat- und Karnevalsvereinen, Umweltinitiativen, Elternbeiräten, in der Gemeindegarbeit, der freiwilligen Feuerwehr, in sozialen Einrichtungen für Kinder, ältere Menschen und Menschen mit Behinderung. Sie halten unser Land zusammen und sind ein unbezahlbarer Gewinn für unsere Gesellschaft. Deshalb werden wir das Ehrenamt auch in den kommenden fünf Jahren fördern und unterstützen:

Das haben wir erreicht

- Wir fördern und unterstützen das **Landesnetzwerk freiwilliges Engagement** als Träger einer landesweiten Kontakt- und Beratungsstelle für Freiwilligentätigkeit. Diese Stelle vernetzt und unterstützt ehrenamtlich getragene Initiativen und Projekte im Land. Ehrenamtlich Engagierte werden dort zu Projekttreffen, Seminaren, Fachtagungen, Workshops und anderen Informationsveranstaltungen rund um das Thema bürgerschaftliches Engagement vermittelt.

- Wir haben ein Seniorenmitwirkungsgesetz verabschiedet, das den Seniorinnen und Senioren unseres Landes weitestgehende Mitwirkungsmöglichkeiten einräumt.
- Wir bilden seit Jahren **Ehrenamtskoordinatorinnen und –koordinatoren** im Bereich der Freien Wohlfahrtspflege aus. Mit deren Hilfe wird Interessierten der Zugang zu ehrenamtlichem Engagement besonders im sozialen Bereich ermöglicht.
- Wir beteiligen uns seit 2008 aktiv an den jährlich an verschiedenen Orten des Landes stattfindenden **Ehrenamtsmessen**. Mehrere hundert Vereine und Verbände mit knapp 10.000 Engagierten präsentieren sich bei diesen Messen einen Tag lang in der Öffentlichkeit, um die Vielfalt der Angebote deutlich zu machen und zum aktiven Mitmachen anzuregen. Darüber hinaus dienen diese Ehrenamtsmessen einer besseren regionalen Zusammenarbeit der ehrenamtlichen Organisationen.
- Wir werden den Ausbau der Jugendleiter/innenCard (JuleiCa) unterstützen. Gemeinsam mit dem Vereinen, Verbänden und Institutionen, die mit der Betreuung von Jugendlichen zu tun haben, werden Möglichkeiten der Bewerbung für dieJuleiCa geprüft. Hierbei sollen auch Möglichkeiten der Vernetzung der Träger, die die Schulungen anbieten, eröffnet werden. Wir wollen das ehrenamtliche Engagement unterstützen um soziale Kompetenzen bei Jugendlichen zu fördern. Vor allem jugendliches Engagement wollen wir stärken, damit sie lernen, Verantwortung zu übernehmen, und soziale Kompetenzen herausbilden.
- Wir verfügen über 300 **Seniorentainerinnen und -trainer** im Rahmen des Landesprojekts „Weiterbildung älterer Menschen im bürgerschaftlichen Engagement“. Diese haben ein eigenständiges Landesnetzwerk gegründet.
- Wir begleiten und unterstützen das **Programm „Freiwilligendienste aller Generationen“**, um in sozial benachteiligten Regionen neue Freiwilligendienste in Form eines Selbsthilfenetzwerkes und somit eine große Vielfalt von Tätigkeitsfeldern im bürgerschaftlichen Engagement anzubieten.
- Wir unterstützen die jährlich stattfindende **„Woche des bürgerschaftlichen Engagements“** unter dem Motto „Engagement macht stark“ mit vielen interessanten Veranstaltungen im ganzen Land.
- Wir haben für alle ehrenamtlich Engagierten seit 2008 eine **Unfall- und Haftpflichtversicherung** abgeschlossen, die für Betroffene im Schadensfall eintritt, wenn die Personen nicht ausreichend selbst versichert sind.
- Wir honorieren die Arbeit von herausragenden Ehrenamtlichen durch verschiedene Veranstaltungen und Auszeichnungen, unter anderem durch einen **Empfang des Ministerpräsidenten** jedes Jahr am Tag des Ehrenamtes oder die kommunalpolitischen Abende der Landtagsfraktion.

Das wollen wir erreichen

- **Wir werden das Ehrenamt weiter unterstützen und fördern.** Wir werden auch in der nächsten Legislaturperiode von 2011 bis 2016 die vielfältigen Aktivitäten, die wir in den vergangenen Jahren vorangebracht haben, absichern und weiter fördern, vor allem die Ehrenamtsmessen, das Landesnetzwerk freiwilliges Engagement M-V und die Einrichtung der Senioren-Trainerinnen/Trainer. Wir unterstützen weiterhin den Landesseniorenbeirat als beratendes Gremium der Landesregierung und die Bildung von kommunalen Seniorenbeiräten. Für uns ist und bleibt das bürgerschaftliche Engagement eine zentrale Säule unseres gesellschaftlichen Miteinanders. Gelebte Solidarität, ehrenamtliche Qualifikation und ein soziales Miteinander wollen wir von staatlicher Seite fördern und deren Rahmenbedingungen erhalten und dort, wo Entwicklungsbedarf gesehen wird, zusammen mit den Betroffenen nach Lösungen suchen.
- **Wir werden einen Ehrenamtspass M-V einführen.** In Abstimmung mit den Wohlfahrtsverbänden, den Kommunen, dem Netzwerk freiwilliges Engagement M-V, der Wirtschaft und den Kirchen wollen wir landesweit einen Ehrenamtspass einführen. Dieser soll allen Engagierten in Ver-

einen, Verbänden und anderen ehrenamtlich organisierten Institutionen ausgehändigt werden und deren Tätigkeit, Kompetenzen und Fortbildungsinhalte enthalten. Der Ehrenamtspass soll wertvolle Informationen auch für Arbeitgeber bei Bewerbungen geben, Zusatzqualifikationen, die im Ehrenamt erworben werden, können so bei Stellenbesetzungen mit berücksichtigt werden.

- Der Sport ist für die gesunde Entwicklung von Kindern und Jugendlichen sowie die Gesundheit der Erwachsenen von großer Bedeutung und muss weiter Unterstützung erhalten. Die Sportverbände und Sportvereine des Landes Mecklenburg-Vorpommern mit ihren haupt- und ehrenamtlichen Übungsleitern und Trainern leisten eine engagierte Arbeit im Breiten- und Leistungssport. Die SPD wird das bestehende Sportfördergesetz auf weiterhin hohem Niveau fortsetzen. Die SPD will dadurch für die Sportverbände und Sportvereine Mecklenburg-Vorpommern langfristige Planungssicherheit schaffen. Die Förderung der Sportgymnasien bzw. der Eliteschulen des Sports wird fortgesetzt. Die SPD unterstützt die Sportler unseres Landes bei der Vorbereitung und Teilnahme an den Olympischen Spielen und Paralympics 2012 und 2016 (Sommer) und 2014 (Winter). Die Sozialdemokraten messen dem Behindertensport weiterhin eine große Bedeutung bei. Der Bau und die Sanierung von Sportstätten auf bedarfsgerechtem Niveau werden fortgesetzt. Die ehrenamtliche Tätigkeit im Sport wollen wir weiter unterstützen und eine angemessene öffentliche Anerkennung gewährleisten. Der Sportunterricht an unseren Schulen muss qualitativ im Interesse einer gesamtgesundheitlichen Entwicklung der Kinder und Jugendlichen durch den Einsatz von Fachlehrern weiter verbessert werden.

Demokratie und Toleranz weiter gemeinsam stärken

Mecklenburg-Vorpommern ist weltoffen. Wir betrachten fremde Kulturen als Bereicherung und haben aus der Geschichte gelernt. Der freie Streit von Meinungen, gelebte Toleranz und die Freiheit des Andersdenkenden müssen auch 65 Jahre nach der Befreiung von der Nazi-Diktatur und 20 Jahre nach der Wiedervereinigung aktiv verteidigt und bekräftigt werden. Allen, die diesen Pluralismus abschaffen wollen, werden wir mit Entschiedenheit entgegentreten. Extremismus in seinen verschiedenen Erscheinungsformen steht in eindeutiger Gegnerschaft zur Demokratie als Gesellschaftsprinzip. Die Stärkung des demokratischen Verantwortungsgefühls für eine pluralistische und offene Gesellschaft, die jedem einzelnen Menschen Freiräume zur individuellen Verwirklichung lässt und ihm diese auch ermöglicht, bleibt daher wichtigste Aufgabe und Verpflichtung der Sozialdemokratie.

Die größte Gefahr für die Demokratie in unserem Land geht vom Rechtsextremismus aus. Die NPD verharmlost auch im Landtag die Verbrechen des Nationalsozialismus, verhöhnt dessen Opfer, macht aus ihrer Gegnerschaft zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung kein Hehl und schreckt auch nicht vor der Zusammenarbeit mit Gewalttätern und rechtskräftig verurteilten Straftätern zurück.

Das haben wir erreicht

- Wir haben ein **Landesprogramm „Demokratie und Toleranz gemeinsam stärken“** aufgelegt, an dem alle Fachministerien aktiv mitarbeiten. In diesem Rahmen wurden seit 2008 mit rund 100.000 Euro jährlich über 80 Kleinprojekte gefördert. Im Zentrum des Landesprogramms stehen fünf **„Regionalzentren für demokratische Kultur“**, die sich als regionale Beratungsnetzwerke im Einsatz für Demokratie und Toleranz im Zusammenwirken mit Vereinen, Verbänden, Institutionen sowie Privatpersonen als wichtige Koordinationsstellen vor Ort etabliert haben. Zwischen 2007 bis 2013 werden für ihre Arbeit fast neun Millionen Euro bereitgestellt.
- Zehn Gemeinden bzw. Kreise haben im Rahmen des Bundesprogramms **„VIELFALT TUT GUT, Jugend für...“** in Mecklenburg-Vorpommern lokale Aktionspläne erarbeitet und umgesetzt. Im Rahmen dieser Aktivitäten sind bisher landesweit rund 400 Projekte unterstützt worden. In den vergangenen drei Jahren haben wir über fünf Millionen Euro Landesgeld für die Arbeit der Landeskoordinierungsstelle, der fünf Regionalzentren für demokratische Kultur, die Lokalen Aktionspläne und Sonderprogramme investiert.

- Wir haben im Rahmen des Bundesprogramms **XENOS** Aktivitäten in Mecklenburg-Vorpommern gegen Diskriminierung, Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus in arbeitsmarktbezogenen Maßnahmen an der Schnittstelle zwischen (Berufs-)Schule, Ausbildung und Arbeitswelt gefördert. Dafür wurden in den vergangenen drei Jahren über neun Millionen Euro von Bund und Land investiert.

Das wollen wir erreichen

- Der Einzug der NPD in den Landtag von Mecklenburg-Vorpommern hat im Jahr 2006 ein verheerendes Signal in die Welt gesendet. Dieser Partei und dem von ihr vertretenen Weltbild gilt es mit aller Kraft entgegenzutreten. Die SPD wird daher auch weiterhin nicht davon ablassen, sich auf allen Ebenen für ein **Verbot der NPD** einzusetzen.
- Wir werden die erfolgreiche Initiative „WIR – Erfolg braucht Vielfalt“ fortsetzen.
- Wir werden gemeinsam mit der **Kampagne „Endstation Rechts“** weiter entschieden dafür kämpfen, dass der rechtsextremistische Schandfleck im Landesparlament ab 2011 wieder der Vergangenheit angehört. Es geht darum, eine breite Öffentlichkeit für das Thema „Rechtsextremismus“ zu sensibilisieren und dazu aufzurufen, für die demokratische Kultur einzutreten.
- Wir werden sicherstellen, dass das „**Landesprogramm für Demokratie und Toleranz**“ auf hohem Niveau fortgeführt wird. Die Stärkung der Demokratie verstehen wir als Daueraufgabe, die langfristig ausgerichtet sein muss. Das Landesprogramm bietet hierfür vielfältige Möglichkeiten.
- Die fünf „**Regionalzentren für demokratische Kultur**“ haben sich in der Vergangenheit als Stützen der demokratischen Gesellschaft etabliert und bedürfen verlässlicher Rahmenbedingungen. Die solide Finanzierung dieser Projekte werden wir daher auch in schwierigen Zeiten sicherstellen.
- Die **Jugend- und Bildungseinrichtungen** unseres Landes sind die besten „**Schulen der Demokratie**“. Eine fächerübergreifende demokratische Erziehung in der Schule sowie eine unabhängige und gut ausgestattete „**Landeszentrale für politische Bildung**“ sind daher wesentliche Eckpfeiler einer demokratischen Kultur.
- Um die Wirksamkeit entsprechender Maßnahmen weiter zu erhöhen, soll unter Federführung der „Landeszentrale für politische Bildung“ eine **Handreichung für Schulen** erarbeitet werden, in der über unsere Verfassung, ihre demokratischen Grundprinzipien sowie über antidemokratische verfassungsfeindliche Bestrebungen – seien sie rechts, links oder religiös motiviert – aufgeklärt wird.
- Wir werden die **Schulen** gezielt in ihren Bemühungen unterstützen, **lebendige Orte der Mitbestimmung und des Erlernens demokratischer Spielregeln** zu sein. Diese Haltung zu vermitteln, muss dabei auch wesentliches Ziel der Lehrerbildung werden. Daher setzt sich die SPD dafür ein, dass eine entsprechende politische Bildung künftig verbindlicher Bestandteil der Lehreraus-, -fort-, und -weiterbildung in unserem Land wird.
- Die **Bekämpfung von Rechtsextremismus** und anderen antidemokratischen Einstellungen ist nicht allein Ländersache, sondern muss bundesweit mit Ernsthaftigkeit und Konsequenz vorangetrieben werden. Wir fordern daher vom Bund, die **Programme mindestens auf gleichem Niveau weiterzuführen und längerfristiger auszurichten**, da die Aktivitäten und Institutionen im Kampf gegen rechtsextremistische Entwicklungen langfristig abgesichert werden müssen. Es handelt sich bei dieser Aufgabe nicht um ein kurzfristiges Projekt, sondern um Anstrengungen der Zivilgesellschaft, bei denen wir alle einen langen Atem brauchen.

Integration ist Aufgabe für uns alle

Menschen mit Migrationshintergrund bereichern das Zusammenleben in unserem Land. Ihre Integration stellt die Betroffenen wie alle Einheimischen vor große Herausforderungen, derer wir uns weiter

durch gezielte Förderung annehmen werden. Unser zentrales Ziel dabei ist, dass Menschen unterschiedlicher Herkunft, Religion und Hautfarbe friedlich und gleichberechtigt mit den gleichen Chancen auf gesellschaftliche Teilhabe, Bildung und berufliche Perspektiven zusammenleben.

Das haben wir erreicht

- Wir haben erstmals eine landesweite **Konzeption zur Förderung der Integration von Migrantinnen und Migranten** erarbeitet, die als Handlungsprogramm für eine zielgerichtete Integrationsförderung für das gesamte Land maßgeblich ist.
- Wir haben einen **Landesbeirat für die Integration von Migrantinnen und Migranten** ins Leben gerufen, der in Arbeitsgruppen aktiv die Ziele und Aufgaben in den vier zentralen Handlungsfeldern Kindertagesstätten, Schule, Übergang Schule-Beruf und Berufliche Integration bearbeitet hat.
- Wir haben die **aktive Partizipation** von Migrantinnen und Migranten unterstützt. Daraus hat sich 2009 das **Netzwerk „MIGRANET-MV“** als landesweite Dachorganisation von insgesamt 30 Migrantenselbstorganisationen im Land entwickelt.

Das wollen wir erreichen

- Wir wollen Mecklenburg-Vorpommern vor dem Hintergrund der zurückgehenden Bevölkerungszahlen **attraktiver für Menschen aus dem Ausland** machen, damit sie zu uns ziehen und hier leben und arbeiten können.
- Wir wollen die **gleichberechtigte Teilhabe von Migrantinnen und Migranten** in allen Lebensbereichen und deren **aktive Partizipation** weiter verbessern und die **interkulturelle Kompetenz** unserer Bürgerinnen und Bürger, vorneweg der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der öffentlichen Institutionen, stärker fördern.
- Wir wollen unsere vielfältigen **Angebote speziell für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene aus Migrantenfamilien in der frühkindlichen, schulischen und beruflichen Bildung** weiter ausbauen. Dabei steht das **Erlernen der deutschen Sprache im Mittelpunkt** als zentrale Herausforderung, um erfolgreich und gleichberechtigt an Bildung und gesellschaftlichem Leben teilhaben zu können.
- Wir wollen die Kampagne der Migrantinnen und Migranten zur **Einführung des Kommunalwahlrechts für alle Migrantinnen und Migranten** als wichtiges Projekt für mehr politische Partizipation unterstützen und Initiativen des Landes starten, um die **Möglichkeiten von Doppelter Staatsbürgerschaft und damit Mehrstaatigkeit** zu erleichtern.

3. Bildung

Bildung ist die große soziale Frage unserer Zeit. Sie ermöglicht den Menschen Teilhabe an der Gesellschaft und ein selbstbestimmtes Leben. In der Wissensgesellschaft von heute ist sie Voraussetzung für weiteres wirtschaftliches Wachstum. Aber vor allem hat Bildung einen Eigenwert für die Entfaltung der Persönlichkeit. Sie befähigt Menschen, sich selbst und andere zu verstehen, und ist daher Grundlage für Demokratie und soziale Verantwortung. Die öffentlichen Bildungseinrichtungen sind für unsere Kinder und Jugendlichen der zentrale Lebens- und Erfahrungsraum, in dem all das erlernt und erlebt werden kann, was für den Alltag einer demokratisch verfassten Gesellschaft notwendig ist.

Chancengleichheit im Bildungswesen ist für uns unverzichtbar. Bildung muss allen offenstehen und darf nicht vom Geldbeutel der Eltern und Verwandten abhängig sein. Ausgrenzung durch mangelnde Bildungschancen ist ungerecht. Das bedeutet, dass es in allen Bildungsarten eine Kultur der zweiten und dritten Chance geben muss. Wer einmal scheitert, muss die Möglichkeit bekommen, Abschlüsse nachzuholen. Ebenso ist es Aufgabe des Bildungswesens, die Gleichstellung von Mädchen und Jungen

und die Überwindung von einschränkenden Rollenmustern zu unterstützen. Das möglichst lange gemeinsame Lernen ist für uns ein wichtiges Instrument, um diese Ziele zu erreichen, weil es die Chancen aller befördert – dies gilt auch für Menschen mit Beeinträchtigungen.

Bildungsausgaben sind Investitionen in Menschen und damit Investitionen in unsere gemeinsame Zukunft. Wir wollen daher für jedes Kindergartenkind, jede Schülerin und jeden Schüler sowie jeden Studierenden mehr Geld investieren als vergleichbare Flächenländer. Wir wollen, dass die finanziellen Ressourcen, die auf Grund der demografischen Entwicklung frei werden, möglichst im Bildungsbereich verbleiben.

Das haben wir erreicht

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten treten für gleiche Chancen und bestmögliche Bildung für alle ein:

- Als eines der ersten Bundesländer haben wir in Mecklenburg-Vorpommern das veraltete dreigliedrige Schulsystem abgeschafft. Durch die Einführung der regionalen Schule konnten wir trotz dramatisch zurückgehender Schülerzahlen eine wohnortnahe Schulversorgung sichern. Inzwischen wird unser Modell eines zweigliedrigen Schulsystems von vielen Bundesländern nachgeahmt. Dies gilt ebenfalls für die Wiedereinführung des 12-jährigen Abiturs, die wir umgesetzt haben.
- In kaum einem anderen Land werden Schülerinnen und Schüler so früh voneinander getrennt wie in Deutschland. Dies führt zu Ungerechtigkeiten und fördert nicht die Leistungsfähigkeit der Kinder. Wir haben daher das längere gemeinsame Lernen in einem ersten Schritt in den Klassen 5 und 6 eingeführt und dies mit einer stärkeren individuellen Förderung verbunden. Auch dies hat den Erhalt von wohnortnahen Schulen gesichert.
- Unser Ziel ist die Stärkung der Schule vor Ort. Denn hier weiß man häufig am besten, auf welchem Weg die Bildungsziele erreicht werden können. Wir haben daher mit dem Schuljahr 2010/11 die Selbstständige Schule eingeführt und den Verantwortlichen vor Ort mehr Gestaltungsspielraum ermöglicht. Hierzu gehört auch, dass wir die Finanzierung der Schulen auf die Zahl der Schüler umgestellt und so für mehr Gerechtigkeit gesorgt haben.
- Bildung und Erziehung gehören in der Schule untrennbar zusammen. Aus diesem Grund haben wir dafür gesorgt, dass an fast 90 Prozent aller weiterführenden Schulen zusätzlich eine Schulsozialarbeiterin oder ein Schulsozialarbeiter tätig ist. Dieses hohe Niveau wollen wir auch in Zukunft sichern. Die Ganztagschulen als Orte des Lernens und der Erziehung, aber auch als kulturelle Zentren in ihren Regionen, haben wir mit massiven Investitionen ausgebaut.
- Moderne Medien sind im Alltag und im Beruf unentbehrlich geworden. Wir haben daher die Medienfähigkeit an den Schulen des Landes deutlich verbessert.
- Wie kaum in einem anderen Bereich haben wir die Infrastruktur der Hochschulen und Universitäten erneuert und ausgebaut. Ebenso ist der Etat der Hochschulen und Universitäten seit 2002 jährlich gesteigert worden. Aufgrund der soliden Finanzausstattung durch das Land und kluger Entscheidungen durch die Hochschulen konnten diese Rücklagen von mehr als 36 Millionen Euro aufbauen und so ihre Handlungsfähigkeit sichern. Darüber hinaus haben wir in der mittelfristigen Finanzplanung insgesamt 15 Millionen Euro zusätzlich für Forschungswettbewerbe vorgesehen. Weil wir den Zugang zum Studium von der sozialen Herkunft unabhängig machen wollen, haben wir anders als viele andere Bundesländer das Erststudium gebührenfrei gehalten.

Das haben wir vor

Frühkindliche Bildung

Die individuelle Förderung aller Kinder von Anfang an steht im Mittelpunkt der frühkindlichen Bildung. Je früher Kinder gefördert werden, desto leichter fallen ihnen der Start in eine erfolgreiche Schullaufbahn und der Weg in ein selbstbestimmtes Leben. Gute Kindertagesstätten und vor allem integrative Bildungs-, Förder- und Betreuungsangebote sorgen für mehr Chancengleichheit, insbesondere für Kinder mit herkunftsbedingten sozialen Benachteiligungen. Die frühkindliche Bildung ist für uns daher wesentlicher Bestandteil der SPD-Initiative Kinderland^{MV}. Bildungsangebote müssen dabei den kindlichen Bedürfnissen und Möglichkeiten angepasst sein.

- Mit dem neuen Kindertagesförderungsgesetz verbessern wir die Bedingungen für die individuelle Förderung in allen Kindertagesstätten. In diesem Zusammenhang werden wir ergänzend zur umfassenden pädagogischen Förderung diagnostische Instrumente und individuelle Förderpläne in der Praxis verankern.
- Wir wollen die Ausbildung der Erzieherinnen und Erzieher grundsätzlich modernisieren. Künftig sollen innerhalb von höchstens 48 Monaten in spezialisierter Form Erzieherinnen und Erzieher für Früh- und Jugendpädagogik ausgebildet werden. In diesem Zusammenhang sollen auch verstärkt Modelle der dualen Ausbildung erprobt und ermöglicht werden. Ergänzt wird dieses grundständige Angebot der Ausbildung auch weiterhin durch Bachelor- und Masterstudiengänge an der Hochschule Neubrandenburg.
- Die durch die Verkürzung der Ausbildungszeit möglichen Effizienzsteigerungen sollen nicht zu Einsparungen, sondern in Zusammenarbeit mit den Hochschulen zum Aufbau eines zertifizierten staatlichen Fort- und Weiterbildungssystems genutzt werden. Die Aus-, Fort- und Weiterbildung wird hierzu künftig verstärkt an der individuellen Förderung aller Kinder und dem gezielten Einsatz diagnostischer Instrumente ausgerichtet werden. Wichtig ist für uns ebenfalls, dass die geschlechtergerechte Erziehung in den Ausbildungsplänen verankert wird.
- Mit dem Anspruch der individuellen Förderung aller Kinder und ergänzender diagnostischer Instrumente steigen jedoch nicht nur die Anforderungen an die Aus-, Fort- und Weiterbildung der Erzieherinnen und Erzieher, sondern auch der Bedarf an Beratung und wissenschaftlicher Evaluation. Daher werden wir gemeinsam mit den Hochschulen des Landes eine Evaluations- und Coachingstelle für frühkindliche Bildung und Erziehung einrichten. Aufgabe dieser Einrichtung wird es sein, die Erzieherinnen und Erzieher bei ihrer Arbeit gezielt zu unterstützen.
- Die Berufe im Erziehungswesen müssen für Frauen, aber auch für Männer attraktiver werden. Deshalb setzen wir uns für eine höhere gesellschaftliche Anerkennung und leistungsgerechte Bezahlung ein.

Schulische Bildung

Eine erfolgreiche Schulbildung ist die Voraussetzung für die persönliche Entwicklung und das spätere Fortkommen. Ein starr gegliedertes Schulwesen, das die Kinder schon früh auf unterschiedlich anspruchsvolle Bildungswege festlegt, trägt, wie die PISA-Studien belegen, zur sozialen Spaltung der Gesellschaft bei. Wir wollen daher den integrativen Ansatz weiter ausbauen und dabei den unterschiedlichen Bedürfnissen der Schülerinnen und Schüler durch eine verstärkte individuelle Förderung gerecht werden. Die Vielfalt der Schul- und Jugendarbeitslandschaft und deren Kooperationen untereinander sollen erhalten bleiben und gestärkt werden. Auf individuelle Lernentwicklungen und Schulabbrüche wollen wir mit einer Kultur der 2. Chance reagieren, denn unser Land kann es sich nicht leisten, Einzelne zurückzulassen. **Wir treten dafür ein, dass alle Schulabschlüsse kostenfrei nachgeholt werden können.** Wir stellen auch in Zukunft sicher, dass unsere Schulabschlüsse überall in Deutschland anerkannt werden. Ein bundesweites Zentralabitur in den Kernfächern wäre hierfür die beste Lösung.

- Der Stärkung der Schulen durch mehr Selbstständigkeit müssen weitere strukturelle Verbesserungen folgen. Die SPD M-V setzt sich dafür ein, die Kompetenz des Bundes für den Bildungsbereich zu stärken. Dies bedeutet insbesondere, die Möglichkeiten bundeseitiger Bildungsfinanzierung zu verbessern, sowie zentrale Bildungsabschlüsse und zentrale Prüfungen für den Schulbereich zu schaffen. Um die Qualität der Schule und die Bildungsangebote für unsere Schülerinnen und Schüler zu verbessern, setzen wir uns für die gebundene Ganztagschule auch als Entwicklungsrichtung für unsere Grundschulen ein. Sie entlastet Familien von schulischen Aufgaben, bietet vielfältige Freizeitangebote und ermöglicht so unseren Kindern auch mehr Chancengleichheit. Eine lebendige und vielfältige Ganztagschule wird jedoch auf Dauer nur gestaltet werden können, wenn zum einen die Schulen Zeit haben, sich eigenständig zu entwickeln, und zum anderen Einrichtungen und Vereine aus dem Bereich der Jugendhilfe, des Sports und der Kultur vermehrt Angebote in Ganztagschulen mit rhythmisiertem Schulalltag unterbreiten. Diese Entwicklung wollen wir aktiv und konsequent fördern und verbindlich gestalten. Wichtig wird es dabei sein, langfristige und nachhaltige Formen der Zusammenarbeit mit den Vereinen zu entwickeln, um Planbarkeit und Zuverlässigkeit im Schulalltag sicherzustellen.
- In selbstständigen Ganztagschulen steigt die Verantwortung der Schulleitung. Diese wollen wir daher mit entsprechenden Aus- und Weiterbildungsangeboten stärker unterstützen.
- Das längere gemeinsame Lernen ist für uns eine Voraussetzung, um ein hohes Bildungsniveau abzusichern, das unabhängig von der sozialen Herkunft der Kinder ist. Mecklenburg-Vorpommern kann es sich nicht leisten, einen Teil der zukünftigen Erwachsenen schon im Voraus auszugrenzen. Die Erfahrungen insbesondere aus den skandinavischen Ländern zeigen, dass von gezielter Förderung und längerem gemeinsames Lernen nicht nur die leistungsschwächeren, sondern auch die leistungstärkeren Schülerinnen und Schüler profitieren. Unser Ziel bleibt daher das gemeinsame Lernen mindestens bis zur 8. Klasse. Wir setzen uns für eine behutsame Weiterentwicklung der Schulstrukturen ein, bei der wir insbesondere die Rahmenbedingungen an den Schulen berücksichtigen werden. Die Schulen in Mecklenburg-Vorpommern haben in den vergangenen Jahren viele Veränderungen umgesetzt. Nun wird es auch darauf ankommen, die eingeleiteten Reformen wirken zu lassen. Denn nur gemeinsam mit Schülern, Lehrern und Eltern lässt sich unser Schulsystem erfolgreich verbessern.
- Wir treten für attraktive Arbeitsplatzangebote für jüngere Lehrerinnen und Lehrer ein. Wir werden aber auch die Arbeitssituation der erfahrenen Lehrkräfte umfassend überprüfen und verbessern. Insbesondere werden wir die Aus-, Fort- und Weiterbildung sowie die Arbeitsbedingungen aller Lehrkräfte so gestalten, dass sie den massiv wachsenden Anforderungen bei einem verantwortbaren Maß an Arbeitsbelastung gerecht werden.
- Wir verfolgen das Ziel, Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeiter bedarfsgerecht an allen Schulen einzusetzen, wo sie gebraucht werden.
- Die Stärkung der Schule vor Ort und die im Schulgesetz geforderten Maßnahmen zur Unterstützung der Arbeit der Schülerversammlungen, des demokratischen Engagements und der politischen Bildung wollen wir weiter fördern und lokale Verbände und Vereine stärker einbeziehen. Wichtig ist es, dass alle in der Schule vorgesehenen Beteiligungsformen auch eingelöst und gelebt werden und mit tatsächlichem Einfluss auf die Schulwirklichkeit verbunden sind. Kontakte zur Wirtschaft können den Schülern das ganze Feld der Berufswelt erschließen und damit die spätere Berufsfindung erleichtern.

Berufliche Bildung

Die duale Ausbildung hat sich als Berufsbildungssystem grundsätzlich bewährt. Die Verbindung von praktischem Lernen im Betrieb und schulischem Lernen bereitet nicht nur die Jugendlichen bestmöglich auf die Berufswelt vor, sie ist in einer Zeit des Fachkräftemangels auch eine unverzichtbare Investition in eine erfolversprechende betriebliche Entwicklung. Neben der beruflichen Erstausbildung

bildet die Berufliche Schule in den Schularten Fachgymnasium, Fachoberschule, Fachschule und Dualer Studiengang Nachwuchs an hochqualifizierten Fachkräften aus.

Nicht zuletzt aufgrund der schwachen Konjunktur der letzten Jahre haben sich jedoch aktuelle Herausforderungen ergeben. Wir werden:

- die Selbstständigkeit der Regionalen Beruflichen Bildungszentren ausbauen und durch die Einführung von Qualitätsmanagementsystemen die Qualität der Ausbildung erhöhen,
- den Ausbildungspakt gemeinsam mit den Unternehmen weiterentwickeln, damit das betriebliche Interesse an jungen Menschen mit einer sozialen Verantwortung vereinbar wird,
- die Möglichkeiten verbessern, im Rahmen einer dualen Ausbildung einen höheren Schulabschluss zu erwerben,
- die Fachgymnasien und Fachschulen bedarfsgerecht ausbauen, um allen Bewerbern, die die Zugangsbedingungen erfüllen, diesen Bildungsweg zu ermöglichen,
- im Zusammenwirken mit der Schule die Berufsfähigkeit junger Menschen sicherstellen und Schulabbrecherinnen und Schulabbrecher durch individuelle Förderung wieder integrieren.
- Wir werden die Berufsschullehrerausbildung im Land so ausbauen, dass der Lehrernachwuchs in den wichtigsten Berufsfeldern durch eigene Absolventinnen und Absolventen abgesichert werden kann,
- sinnlose Warteschleifen im Übergang von der Schule zur Ausbildung vermeiden helfen und eine effiziente Berufseinstiegsbegleitung entwickeln,
- Berufsschullehrerinnen und -lehrer unter Berücksichtigung der demografisch bedingten Anforderungen auch im Rahmen eines Teilzeitkonzeptes bestmöglich unterstützen,
- im Berufsschulbereich überprüfen, ob die derzeitige Finanzausstattung im bundesweiten Vergleich angemessen ist und ggf. nachsteuern sowie
- die Berufsschulplanung an den tatsächlichen Bedarfen orientieren und hierzu die Planungsrechte des Landes in geeigneter Form stärken.
- Wir setzen uns dafür ein, dass in den Berufsschulen verpflichtend Auszubildendenrechte unterrichtet werden.

Hochschule

Sozialdemokratische Hochschulpolitik hat das Ziel, möglichst vielen Menschen aus allen gesellschaftlichen Schichten den Abschluss eines Studiums zu ermöglichen. Dadurch steigen nicht nur die individuellen Entwicklungs- und Erwerbchancen, nur dadurch kann auch der steigende Bedarf an hoch qualifizierten Fachkräften abgedeckt werden. Dazu benötigen wir modern strukturierte und demokratisch organisierte Hochschulen und Universitäten, die durch fachlich kompetente Lehrende und eine effektive Verwaltung in Zusammenarbeit mit den Studierenden eine hoch qualifizierte Lehre sicherstellen. Daneben haben die Hochschulen die Aufgabe, durch international wettbewerbsfähige Forschung und durch praxisnahen Wissenstransfer zum gesellschaftlichen Fortschritt beizutragen.

- Die SPD Mecklenburg Vorpommern steht wie bisher für ein gebührenfreies Studium bis zum ersten Masterabschluss.
- Die SPD bekennt sich zum Erhalt aller Hochschulstandorte in Mecklenburg-Vorpommern. Auch weiterhin sollen im Sinne einer wissenschaftlichen und kulturellen Vielfalt die bestehenden Fächer mindestens einmal im Land vorgehalten werden. An allen Hochschulstandorten ist darüber hinaus ein vielfältiges und in sich stimmiges Fächerangebot vorzuhalten.

- Ein hinreichendes und weiterentwickeltes BAföG ist für die SPD Mecklenburg-Vorpommern das zentrale Instrument, um im Bildungssystem für einen sozialen Ausgleich zu sorgen und Chancengleichheit herzustellen.
- Die Vereinbarkeit von Kind und Studium muss deutlich verbessert werden. Dafür sollen in dafür geeigneten Studiengängen der Status des Teilzeitstudierenden gesetzlich verankert und bessere Betreuungsangebote für die Kinder der Studierenden geschaffen werden.
- Wir wollen die Quote der Studierenden weiter anheben. Dies soll durch entsprechende Angebote für ein strukturiertes Teilzeitstudium bzw. ein berufsbegleitendes Studium unterstützt werden. Wir wollen die Hochschulen weiter für beruflich Qualifizierte ohne Abitur öffnen und die Durchlässigkeit im Bildungssystem erhöhen.
- Die Erfahrungen mit den Bachelor- und Masterstudiengängen müssen unter Berücksichtigung der Rückmeldungen der Studierenden ausgewertet werden und in Verbesserungen einfließen. Bei der Optimierung von Lehrangeboten, beim Verzicht auf unnötige Prüfungen, beim Ausbau von Mentoring-Programmen und beim Abbau von Hürden zum Masterstudiengang werden wir die Hochschulen und Universitäten unterstützen. Vor dem Hintergrund einer geringen Akzeptanz des Bachelor-Abschlusses bei vielen Arbeitgebern wird sich die SPD für einen verstärkten Ausbau von Master-Studiengängen einsetzen. Weiterhin setzen wir uns dafür ein, dass die Hochschulen des Landes die Freiheit haben, selbst zu entscheiden, ob sie ihren Absolventinnen und Absolventen den Titel Diplom verleihen.
- Ein besonderes Anliegen ist für uns eine Stärkung der Lehrerausbildung sowie der Lehrerfort- und -weiterbildung. Nur so kann gewährleistet werden, dass alle Lehrerinnen und Lehrer möglichst gut auf den Schulalltag vorbereitet werden. Hierzu wollen wir unter Beibehaltung des traditionellen Lehramtes die frühzeitige Berufsfeldorientierung durch eine stärkere Praxisorientierung und exzellente Betreuungsverhältnisse in der universitären Ausbildung verbessern. Darüber hinaus sind die Hochschulkapazitäten so auszurichten, dass sie mindestens die langfristigen Bedarfe des Landes decken. Schließlich wollen wir mit den verbleibenden Hochschulkapazitäten ein Fort- und Weiterbildungssystem auf universitärem Niveau einführen. Diese Schritte der Modernisierung der Lehreraus-, -fort und -weiterbildung sind in einem Lehrerbildungsgesetz verbindlich auszugestalten.
- Die von der SPD initiierten Exzellenzinitiativen müssen fortgeführt werden. Nachwuchsförderung, Promotionsmodelle für Fachhochschulen, Breitenforschung, Forschungstransferkonzepte und die Unterstützung der Spitzenforschung motivieren nicht nur Einzelne, sondern stärken auch unser Land.

Lebenslanges Lernen

Lebenslanges Lernen gibt den Menschen in Mecklenburg-Vorpommern die Chance zur Selbstentfaltung durch Bildung. Stetige Weiterbildung ist eine zentrale Voraussetzung, um dem gesellschaftlichen Wandel standhalten zu können. Diese Angebote müssen gleichermaßen anspruchsvoll und breit gestreut sein.

- Das Nachholen von Schulabschlüssen ist zu unterstützen und soll bedarfsgerecht ausgebaut und möglichst kostenfrei sein. Dazu gehören auch wirksame Angebote für jene, die bisher noch nicht über ausreichende Lese- und Schreibkompetenzen verfügen (Überwindung des funktionalen Analphabetismus).
- In einem breiten Bildungsangebot müssen auch soziale Kompetenzen gefördert werden, wie z. B. durch Elterntrainings.
- Eigeninitiative, der Weg in die Selbstständigkeit und die Gründung eigener Unternehmen müssen durch Ausbildungsmodule, Beratungen und finanzielle Hilfen unterstützt werden.

- Gesellschaftliche Verantwortung muss durch Bildungsangebote z. B. zu demokratischen Grundhaltungen, bürgerschaftlichem Engagement und persönlicher Zivilcourage unterstützt werden.
- Gemeinsam mit den Unternehmen im Land wollen wir Anreize für die Weiterbildung in den Betrieben schaffen. Dies soll zum Erhalt von Arbeitsplätzen beitragen und die Möglichkeiten des lebenslangen Lernens für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer erweitern.
- Wir setzen uns für den Erhalt einer trägerunabhängigen, bürgernahen und bundesweit anerkannten Weiterbildungsberatung und Weiterbildungsdatenbank Mecklenburg-Vorpommern ein.
- Die Volkshochschulen sind wichtige Partner für das lebenslange Lernen. Die Begrenzung ihres Bildungsauftrages auf Erwachsene ist in den strukturschwachen Regionen unseres Landes jedoch nicht mehr zeitgemäß. Wir werden prüfen, ob Volkshochschulen in Kooperation mit anderen Kultureinrichtungen vor Ort auch im Bereich kultureller Kinder- und Jugendbildung tätig werden sollten.

Kultur

Mecklenburg-Vorpommern ist ein Land, das reich an Kultur ist. Viele Bürgerinnen und Bürger nutzen die Angebote von Kunst- und Musikschulen, besuchen Festivals, Konzerte, Theateraufführungen, Ausstellungen, Museen. Auch viele unserer Gäste kommen wegen kultureller Angebote in unser Land. Kultur bereichert unser Leben und ist ein wichtiger Wirtschaftsfaktor. Die SPD würdigt die Arbeit der Künstlerinnen und Künstler, der vielen ehren- und hauptamtlichen Kulturarbeiter in den Kommunen, Vereinen und Verbänden als unverzichtbar für die zukunftsfähige Gestaltung unseres Bundeslandes. Wir werden die regionale Kulturpolitik als Gemeinschaftsaufgabe zwischen Land, Kommunen, Regionen, Verbänden, Wirtschaft und Zivilgesellschaft stärken und ihr neue Impulse geben. Wir treten ein für die Freiheit von Kunst und Kultur.

Kunst und Kultur dürfen kein Luxus für Wenige sein. Wir wollen ein möglichst flächendeckendes Kulturangebot, das zu erschwinglichen Preisen und bei niedrigen Zugangsschwellen für alle Bürgerinnen und Bürger zugänglich ist. Der Ausbau der kulturellen Bildung und ästhetischen Erziehung in Kindergarten, Schule, Jugendarbeit und Weiterbildung, ob frühkindlich oder seniorengerecht, als Tore zu allen Formen der Kultur, ist ein Schwerpunkt unserer Kulturpolitik. Wir bejahen die kulturelle Vielfalt unserer Gesellschaft und wollen den Dialog der Kulturen als ein wichtiges Element sozialer Integration von Menschen unterschiedlicher ethnischer Herkunft, religiöser Überzeugung und kultureller Prägung fördern.

Das haben wir erreicht

- Die Unterstützung von Kinder- und Jugendkunstschulen, Musikschulen und Bibliotheken war und ist für uns Sozialdemokraten von besonderer Bedeutung, weil sie im Flächenland Mecklenburg-Vorpommern eine wichtige Säule der kulturellen Grundversorgung darstellen. Wir haben daher dafür gesorgt, dass die landesseitige Förderung dieser Kultureinrichtungen stabil geblieben ist.
- Kultur ist für die SPD immer auch ein wichtiger Bestandteil von Bildung. Wir haben daher in dieser Legislaturperiode die kinder- und jugendkulturelle Bildung zu einem Schwerpunkt unserer Politik gemacht und wollen gemeinsam mit Bildungs- und Kulturträgern in diesem Bereich eine Zukunftsstrategie für Mecklenburg-Vorpommern entwickeln. Hierfür haben wir auch zusätzliche Finanzmittel zur Verfügung gestellt.
- Die Höhe der Finanzzuweisungen des Landes für die Theater und Orchester in Mecklenburg-Vorpommern wurden bis 2020 festgeschrieben. Angesichts der zurückgehenden Bevölkerungszahlen ist dies eine deutliche Schwerpunktsetzung zu Gunsten der Kultur in Mecklenburg-Vorpommern. Weiterhin sind erstmalig konkrete Schritte zur Reform der Theater- und Orchesterlandschaft gegangen worden. Ziel ist es, die Theaterstandorte auch langfristig zukunftsfähig zu halten.

- Die Förderung der niederdeutschen Sprache ist ein gutes Stück vorangebracht worden: Lehrerinnen und Lehrer haben sich qualifiziert und den Abschluss erworben, um Niederdeutsch in den Grund- und weiterführenden Schulen unterrichten zu können. Weiterhin fördert das Land Mecklenburg-Vorpommern ein Projekt, das auf die Vermittlung der plattdeutschen Sprache in den Kindertagesstätten zielt.

Das haben wir vor

- Die Förderung von Kultur und Kunst ist gemäß der Landesverfassung eine Gemeinschaftsaufgabe von Land und Kommunen. Deshalb benötigen Kultur und Kunst klare Rahmenbedingungen zu ihrer Entfaltung. Dazu gehören auch verlässliche finanzielle Strukturen, die auf Dauer angelegt sind und einem Ländervergleich standhalten.
- Wir wollen, dass junge Menschen frühzeitig die Möglichkeit erhalten, sich kulturell zu bilden. Musik- und Kunstschulen bleiben deshalb ein Schwerpunkt unserer Kulturpolitik und Kulturförderung.
- Die vier Theater- und Orchester-Standorte sowie die Landesmuseen in Mecklenburg-Vorpommern sind Herzstücke unserer kulturellen Tradition und haben besondere touristische Anziehungskraft. Es ist daher wichtig, effiziente Strukturen weiterzuentwickeln und diese Standorte als Kulturzentren des Landes zu stärken. Die Festivalkultur im Lande hat sich ebenso bewährt und gehört weiterhin zu den Leuchttürmen, mit denen viele Gäste angezogen werden können.
- Für die Bewohner Mecklenburg-Vorpommerns wie für ihre Gäste gleichermaßen elementar ist das kulturelle Erbe des Landes. Neben den UNESCO-Welterbestätten Wismar und Stralsund zeugen bedeutende Hanse- und Residenzstädte, einzigartige Baudenkmäler der Backsteingotik, die bekannte Bäderarchitektur, aber auch die vielen gut erhaltenen kleinen Städte und Dörfer von einem reichhaltigen kulturellen Erbe. Hier sind Denkmalschutz und Denkmalpflege gesellschaftliche Aufgaben von hohem Wert, die auch zukünftig besonderer Anstrengungen bedürfen.
- Meinungsfreiheit und Informationsvielfalt sind Grundvoraussetzungen für eine lebendige Demokratie. Der Zugang der Menschen zu den Übertragungswegen und Kommunikationsformen ist dabei ebenso wichtig wie eine vielfältige Presse- und Rundfunklandschaft sowie der Erwerb von Medienkompetenzen. Daher setzen wir uns für einen starken und unabhängigen öffentlich-rechtlichen Rundfunk als Kultur- und Demokratieträger ebenso ein wie für eine Stärkung von Bürgermedien und den Zugang aller Menschen zum Breitbandinternet.
- Ein Potenzial für Mecklenburg-Vorpommern stellt die Kultur- und Kreativwirtschaft dar. Sie gilt allen Kunst- und Kulturschaffenden im Lande, die am Markt orientiert arbeiten und als Selbstständige oder mit kleineren Unternehmen ihren Lebensunterhalt verdienen.
- Sinnstiftend und prägend für viele Bewohner Mecklenburg-Vorpommerns ist eine für jedes Alter annehmbare Heimat- und Alltagskultur. Die Attraktivität einer Region wird auch dadurch bestimmt, dass sich Menschen in ihrem Umfeld wohl fühlen. Dazu gehört das Bedürfnis nach kulturellen Erlebnissen. Das gilt für kulturelle Kinder- und Jugendbildung im Kita- und Schulbereich, das gilt für Jugendliche in Ausbildung und Studium wie für den gesamten Bereich des lebenslangen Lernens.
- Die Arbeit der freien Träger vor Ort ist für ein vielfältiges kulturelles Angebot unverzichtbar. Wir werden daher Vereine und Verbände sowie Kulturinitiativen in unserem Land unterstützen, die sich der kulturellen Bildung, der Pflege des regionalen Brauchtums und dabei insbesondere Angeboten zum Erlernen der niederdeutschen Sprache widmen. Eine Vernetzung dieser Initiativen mit Niederdeutsch in den Kindertagesstätten und in den Schulen sowie in den Medien fördern wir.
- Durch die bisherige politische Aufteilung der Verantwortung innerhalb der Landesregierung in Jugend, Bildungs-, Sozial-, Kulturwirtschafts-, und Kulturpolitik entstehen Reibungsverluste. Wir wollen diese minimieren und die wichtigsten Bereiche zusammenführen, damit Kultur als be-

reichsübergreifende Aufgabe und Querschnittsbereich den Stellenwert erhalten kann, der ihr gebührt.

4. Zukunft vor Ort in Mecklenburg-Vorpommern

Uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten liegt viel daran, dass alle Menschen in Mecklenburg-Vorpommern eine lebens- und liebenswerte Heimat finden. Mecklenburg-Vorpommern als schönstes Bundesland bietet dafür viel, mit seiner ursprünglichen Natur, seinen anheimelnden Dörfern und Städten, den Alleen und Herrenhäusern, der Ostsee und der Seenplatte.

Der demografische Wandel verändert unser Land. Wir werden – zum Glück – alle älter. So steigt die Lebenserwartung von Frauen bis 2030 bis auf 85 Jahre und bei Männern bis auf 80 Jahre. Das sind über zehn Lebensjahre mehr als noch 1991.

Bis 2020 wird die Zahl der Seniorinnen und Senioren um etwa ein Drittel zunehmen. Gleichzeitig geht die Zahl der jungen Menschen zurück, da weniger Kinder geboren werden. Insgesamt werden in Mecklenburg-Vorpommern 2020 etwa zehn Prozent weniger Einwohner leben als heute. Das alles zieht insbesondere in den ländlichen Regionen große Veränderungen und enorme Herausforderungen in allen gesellschaftlichen Bereichen nach sich. Sie betreffen das Leben der einzelnen Menschen genauso wie das der Familien, sie betreffen das Zusammenleben in der Gemeinschaft ebenso wie den Staat als Ganzes.

Mecklenburg-Vorpommern soll auch unter diesen veränderten Bedingungen ein Land des nachbarschaftlichen Miteinanders und des sozialen Zusammenhalts sein. Es stimmt: Der Staat wird in Zukunft, gerade in besonders dünn besiedelten Gebieten, nicht mehr alles selbst vorhalten und anbieten können, was zum Beispiel im öffentlichen Nahverkehr, bei sozialen und kulturellen Angeboten wünschenswert ist. Der Staat kann und muss aber Eigeninitiative und regionale Bürger-Aktivierung unterstützen. Bürgerschaftliches Engagement, ohne das vielerorts Kultur, Sport, Klima-, Umwelt- und Naturschutz sowie soziale Hilfen nicht mehr möglich sind, braucht Wertschätzung, Unterstützung und vor allem Rahmenbedingungen, die die Arbeit erleichtern und nicht bürokratisch behindern.

Alle Menschen in Mecklenburg-Vorpommern müssen Zugang zu den öffentlichen und privaten Dienstleistungen und der Grundversorgung des täglichen Lebens haben. Der demografische Wandel erfordert hierzu neue Ideen: Wo sie entstehen, werden wir sie unterstützen.

Die SPD ist sich bewusst, dass unsere Städte als starke Zentren Motoren der Entwicklung sind.

Entwicklung der ländlichen Räume

Das haben wir erreicht

Die SPD-geführte Landesregierung hat mit ihrer Politik in den zurückliegenden 12 Jahren Rahmenbedingungen geschaffen, unter denen sich die ländlichen Räume unseres Landes erfolgreich entwickeln konnten.

Unser Land zeichnet sich aus durch:

- eine nachhaltige Produktion gesunder Lebensmittel in einer weitgehend unbelasteten Natur,
- die Gestaltung von lebens- und lebenswerten Kommunen – seit 1998 wurden über 20.000 Wohn- und Wirtschaftsgebäude erneuert; allein in den zurückliegenden drei Jahren sind über die ländliche Förderung 40 Kindertagesstätten und Schulen saniert und neu gebaut worden,

- über 5.400 Landwirtinnen und Landwirte, die als Unternehmende und moderne Managerinnen und Manager marktorientierte und ökologisch sinnvolle Entscheidungen treffen und zum sozialen Leben in ihren Dörfern maßgeblich beitragen,
- eine größere strukturelle Vielfalt als 1998 mit mehr Betrieben und mehr Tieren sowie einem erfolgreichen Standort des ökologischen Landbaus,
- eine funktionierende Infrastruktur in den ländlichen Räumen mit über 5.000 Kilometern neu gebauten ländlichen Wegen, Rad- und Reitwegen und Ortsverbindungen,
- ein deutschlandweit einzigartiges Netzwerk der Ernährungswirtschaft – der Agrarmarketingverein Mecklenburg-Vorpommern verbindet Ernährungswirtschaft, Wissenschaft, Landwirtschaft und Beratung; diese erfolgreiche Branche des Landes erzielt jährlich über 3,3 Milliarden Umsatz und sichert 14.500 Arbeitsplätze,
- die Etablierung des ökologischen Landbaus auf bundesweit höchstem Niveau auf fast zehn Prozent der Landwirtschaftsfläche in 962 Unternehmen der Land- und Ernährungswirtschaft,
- die Entwicklung der ländlichen Räume als Tourismusstandorte (Urlaub auf dem Lande) mit jährlichen Zuwachsraten im zweistelligen Bereich.

Das haben wir vor

Wir wollen eine neue Verantwortungsgemeinschaft für die ländlichen Räume und in unseren Städten entwickeln. Dazu werden wir die vielfältigen Initiativen im Land verstärkt bündeln, koordinieren und die Akteure vor Ort gezielt unterstützen. Wir wollen neue Wege der Regional- und Strukturentwicklung gehen und unterschiedliche Geschwindigkeiten zulassen.

Initiativen vor Ort und regionale Akteure müssen durch weniger Bürokratie und mehr Handlungsspielräume ermutigt werden, individuelle Lösungen zum Wohle der Bürger zu finden und umzusetzen.

Dazu wollen wir die Modernisierungspotenziale unterstützen, über die die ländlichen Räume verfügen:

- Der Erzeugung, Verarbeitung und Vermarktung regionaler Produkte (Landwirtschaft, Handwerk) in Verbindung mit ländlichem Tourismus messen wir besondere Bedeutung zu; wir werden eine Landesinitiative „Region hat Qualität und Tradition“ etablieren.
- Wir schaffen die Voraussetzungen, um den erfolgreich begonnenen landesweiten Aufbau von (Bio-)Energiedörfern systematisch fortzusetzen. Durch (Bio-)Energiedörfer entstehen dezentrale Energieversorgungssysteme mit regionalen Stoffkreisläufen und neue qualifizierte Arbeitsplätze. Für die Deckung des Energiebedarfs nutzen wir unsere großen Potenziale von Biomasse, Sonne, Wind und Erdwärme. Dadurch erzielen wir eine hohe regionale Wertschöpfung und können durch Teilhabe von Bürgerinnen und Bürgern und Kommunen einen entscheidenden Beitrag für die Daseinsvorsorge im ländlichen Raum leisten.
- Wir wollen Dorfzentren erhalten und neue Projekte der ländlichen Nahversorgung fördern. Wo Menschen sich treffen und sich gemeinsam engagieren, entsteht Zusammenhalt der Generationen.
- Ländliche Räume brauchen Mobilität. Wir wollen Bewegungsfreiheit und Erreichbarkeit umweltfreundlich, flexibel und für alle z. B. über kommunale und regionale Mobilitätszentralen, ein Ruf-Verkehrssystem oder Bürgerservicemodule bei Versorgungsfahrzeugen aufbauen.
- Konsequenter werden wir unsere Ziele der Bodenpolitik weiter verfolgen, so dass der Boden an aktive Landwirte verpachtet wird.
- Wir stehen für Chancengleichheit beim Zugang zu Bildung und Teilhabe an der Informationsgesellschaft für jedes Kind. Erlebnisorientierte Lern- und Freizeitangebote wollen wir stärken.

- Eine moderne Kommunikationsinfrastruktur mit flächendeckender Breitbandversorgung ist für alle Bürgerinnen und Bürger in kleinen Gemeinden, für die regionale Wirtschaft und auch für die künftige medizinische Versorgung (Telemedizin) eine unverzichtbare Basis der Chancengleichheit gegenüber Ballungsräumen. Wir wollen, dass das gesamte Land bis 2015 „online“ ist.
- Wir wollen weitere Marktpotenziale im ökologischen und im konventionellen Landbau erschließen und regionale Kreisläufe stärken (Qualität aus der Region, regionale Produkte mit Herkunftsgarantie und ländlicher Tourismus).

Dafür schlagen wir folgende Maßnahmen vor:

- Wir bilden ein „Netzwerk für die ländlichen Räume“ sowohl virtuell via Internet, wie auch materiell durch ein attraktives Bildungs- und Informationsangebot für Ehrenamtliche. Bürgerschaftlich engagierte Menschen werden umfassend unterstützt, angeleitet und aktiviert.
- Wir wollen in Pilotprojekten die Kombination aus sozialer Dienstleistung, ländlicher Grundversorgung und Kommunikation im ländlichen Raum erproben („Uns lüften Koopläden“). Zukunftsfähige ländliche Nahversorgung sichert die Lebensqualität auf dem Lande. Bestehende Strukturen der wohnortnahen Grundversorgung wollen wir stabilisieren.
- Wir werden eine Mobilitätsoffensive starten, um allen Menschen den Zugang zu den wohnortnahen Strukturen der Daseinsvorsorge in den Zentren unseres Landes zu sichern. Insbesondere soll dabei auch der Zugang unserer Kinder und Jugendlichen zu Angeboten der Freizeitgestaltung, der Kultur und des Sports berücksichtigt werden. Neue Modelle der Mobilität sollen dabei erprobt, bestehende ÖPNV-Verbindungen optimiert und flexibilisiert werden. Wir werden uns dafür einsetzen, dass über den kommunalen Finanzausgleich hierfür auch weiterhin genügend Mittel (Vorwegabzug) zur Verfügung gestellt werden.
- Wir werden uns auch zukünftig für die ökologische Modernisierung und nachhaltige Entwicklung unseres Landes einsetzen. Das ist für uns eine Frage der Generationengerechtigkeit. Leben und Wirtschaften in Mecklenburg-Vorpommern soll auch künftig so gestaltet werden, dass unsere Kinder und Enkel eine gute Zukunft haben – ökonomisch und ökologisch.
- Wir wollen den Spitzenplatz in der ökologischen Landwirtschaft und bei der Nutzung regenerativer Energien in Deutschland. Die Verarbeitung und Vermarktung ökologischer Produkte und Umwelttechnologien werden wir deshalb weiter ausbauen.
- Die Chancen der ländlichen Entwicklung und der Lebensqualität ländlicher Räume liegen heute in einer integrierten Entwicklung, die auf die Stärken der Landschaft baut, regionales Wirtschaften stärkt und die Daseinsvorsorge für die Menschen sichert. Für dieses Ziel werden wir die zur Verfügung stehenden Fördermittel effizient einsetzen.
- Grundanliegen sozialdemokratischer Politik ist es, eine möglichst breite Eigentumsstreuung landwirtschaftlicher Böden und Wälder und einen öffentlichen und kostenfreien Zugang zu unseren Seen zu sichern. Eine weitere Privatisierung der Seen lehnen wir ab.

Wir sind gegen die Konzentration des Bodeneigentums in den Händen einiger Weniger und die Privatisierung der BVVG-Flächen allein zur Gewinnmaximierung.

Wir setzen uns deshalb ein:

- für den sofortigen Stopp des Verkaufs der landwirtschaftlichen Flächen durch die BVVG und die Übernahme dieser Flächen durch das Land Mecklenburg-Vorpommern zum Ertragswert, d.h. zu einem Wert, bei dem die Refinanzierung der Kreditkosten aus den Erträgen der Flächen möglich ist,
- für die unentgeltliche Übertragung aller Seen des Landes Mecklenburg-Vorpommern, die sich noch in der Verwaltung des Bundes befinden, an das Land Mecklenburg-Vorpommern,

- gegen eine Besserstellung aller Alteigentümer bei der Bodenprivatisierung sowie für eine unentgeltliche Restübertragung der Flächen des nationalen Naturerbes vom Bund an das Land Mecklenburg-Vorpommern.
- Wir wollen dafür werben, dass Menschen ihren Lebensmittelpunkt in Mecklenburg-Vorpommern finden. Der demografische Wandel erfordert neue Ideen und gemeinsame Initiativen von Wirtschaft, Politik und Medien, deshalb sollen junge Leute, die unser Land in den letzten Jahren verlassen haben, zur Rückkehr ermuntert werden. So soll u. a. die Initiative „Junge Ärztinnen und Ärzte sagen Ja zu M-V“ dazu beitragen, die ärztliche Versorgung in den ländlichen Räumen dauerhaft zu sichern.
- Vor Ort wird der demografische Wandel konkret. Deshalb werden wir Kommunen u. a. mit einem Demograiecoaching dabei unterstützen, sich dieser Herausforderung zu stellen. Das umfasst auch, dass von landesweiten Regelungen, Auflagen und Standards beispielsweise im Baurecht oder bei der Personenbeförderung teilweise abgewichen wird und regional beziehungsweise lokal angepasste Lösungen zugelassen werden.
- Wir werden die Gemeindestrukturen so weiterentwickeln, dass in den Gemeinden tatsächliche Handlungsspielräume für die Gemeindevertretungen gewonnen werden. Hemmnisse für die Weiterentwicklung der Gemeinden werden konsequent abgebaut, beispielsweise durch die Erweiterung der Möglichkeit der wirtschaftlichen Betätigung von Gemeinden.
- Wir stärken die zentralen Orte, unterstützen die innerkommunale Kooperation und helfen den Kommunen beim Umgang mit dem demografischen Wandel vor Ort.
- Wettbewerbsfähige Landwirtschaftsbetriebe bleiben eine wichtige wirtschaftliche Grundlage für unser Land, für die Lebensfähigkeit der Dörfer und für die Erhaltung natürlicher Ressourcen. Wir setzen uns für eine vielfältig strukturierte Landwirtschaft ein. Dazu gehört auch ein Mindestlohn in der Landwirtschaft, vergleichbar mit dem im Baugewerbe. Wir werden uns für entsprechende bundesrechtliche Regelungen einsetzen.
- Unsere Förderpolitik soll den Betrieben besonders zu Gute kommen, die nachhaltig wirtschaften, sich in die ländliche Gemeinschaft einbringen und deren Handeln auf die Sicherung der natürlichen Lebens- und Wirtschaftsgrundlagen ausgerichtet ist.
- In der Tierhaltung setzen wir auf ökonomisch und ökologisch tragfähige Lösungen in artgerechten Haltungssystemen. Beim Neubau von Tierställen werden von uns Tierkonzentrationen abgelehnt, deren Umweltwirkung unter unseren Bedingungen wissenschaftlich nicht erprobt ist.
- Dem bevorstehenden Generationswechsel bei den Führungs- und Fachkräften in der Landwirtschafts- und Ernährungsbranche wollen wir mit gut ausgebildeten Hoch- und Fachschulabsolventen, die mit den strukturellen Gegebenheiten unseres Bundesland vertraut sind, Rechnung tragen. Deshalb wird die Hochschulausbildung an der Universität Rostock, der Hochschule Neubrandenburg und der Fachschule Güstrow beibehalten.
- Die Kinder und Jugendlichen wollen wir noch frühzeitiger und qualifizierter mit den Berufschancen und Ausbildungsmöglichkeiten in der Land- und Ernährungswirtschaft vertraut machen. Dazu werden wir die Beratung in den Schulen und Praktikumsmöglichkeiten in Betrieben der Land- und Forstwirtschaft unterstützen.
- Die Förderung von Mädchen und Frauen für attraktive Tätigkeiten im ländlichen Raum wollen wir noch stärker in den Blickpunkt unserer Politik rücken. Wir werden spezielle Aus- und Weiterbildungsangebote entwickeln und die Teilnahme am „Girl's Day“ gerade für Schülerinnen auf dem Lande mit Mobilitätsangeboten attraktiver gestalten.
- Die engagierte Arbeit des Landfrauenverbandes und des Landjugendverbandes Mecklenburg-Vorpommern als Mittler und Organisatoren der gesellschaftlichen Teilhabe und des ehrenamtlichen Engagements von Frauen und Jugendlichen in den ländlichen Regionen werden wir weiterhin unterstützen.

Verbraucherrechte stärken

Wir wollen Verbraucherinnen und Verbraucher stärken und sie unterstützen, damit sie ihr Recht auch bekommen. Dazu brauchen wir eine funktionierende Verbraucherberatung und vorsorgenden Verbraucherschutz entsprechend den Bedingungen in unserem bevölkerungsarmen Flächenland. Wir wollen, dass Lebensmittel gesund, Geräte sicher und Telefone keine Kostenfallen sind und dass Finanzanlagen halten, was sie versprechen.

Verbraucherinnen und Verbraucher wollen sich informieren. Sie sollen dazu mehr Rechte bekommen, schnell und unkompliziert Produkte vergleichen und eine bewusste Kaufentscheidung treffen können. Dazu gehören insbesondere im Gesundheitsland Mecklenburg-Vorpommern klare Aussagen über Inhalte, Eigenschaften und Herkunft von Produkten.

Das haben wir vor

Die SPD steht für starke Verbraucherrechte und eine verbesserte Verbraucherinformation. Mit der „Neuen Verbraucherzentrale“ haben wir in Mecklenburg-Vorpommern die Verbraucherinformation landesweit auf eine neue tragfähige Basis gestellt, die von den Menschen gern und umfassend genutzt wird.

Wir werden die Arbeit der „Neuen Verbraucherzentrale“ auch in Zukunft zielgerichtet unterstützen, um die flächendeckende Beratung der Bürgerinnen und Bürger zu gewährleisten.

Das im Land etablierte Verbraucherforum und der „Verbraucherscout“ stellen eine in Deutschland bisher einmalige Verbindung von Verbraucherberatung und bürgerschaftlichem Engagement dar. Die Einbeziehung von Ehrenamtlichen als Mittler zwischen Verbraucherschutzorganisation und Konsumenten hat sich bewährt und wird fortgesetzt.

Die Schuldnerberatungsstellen erfüllen eine wichtige Aufgabe. Wir werden sie deshalb weiterhin so unterstützen, dass rechtzeitig Hilfen angeboten werden können, um sozial und wirtschaftlich verträgliche Lösungen zu erreichen.

Die SPD in Mecklenburg-Vorpommern will, dass die Verbraucherinnen und Verbraucher den Herstellern und Händlern im Alltag auf Augenhöhe gegenüberstehen können. Um das wirklich zu erreichen, ist in Deutschland noch viel zu tun. Wir fordern als Konsequenz aus der Finanzkrise und den rasanten Entwicklungen im Internet von der Bundesregierung insbesondere ein Maßnahmenpaket zur Verbesserung des Verbraucherschutzes bei Finanzdienstleistungen und zur Stärkung der Persönlichkeitsrechte.

Der Gesundheitsmarkt ist verbraucherfreundlich zu gestalten. Dazu gehören starke Patientenrechte und der Ausbau der unabhängigen Patientenberatung.

Umweltschutz

Umwelt-, Natur- und Ressourcenschutz gehören zu den wichtigsten Themen unserer Zeit. Die Bewahrung unserer Natur ist nicht nur eine ökologische Herausforderung. Sie entscheidet auch über die ökonomische und soziale Zukunft unseres Landes. Deshalb muss das Leben und Wirtschaften in Mecklenburg-Vorpommern auch zukünftig so gestaltet werden, dass unsere Kinder und Enkel eine gute Zukunft haben – ökonomisch, sozial und ökologisch.

Das haben wir erreicht

- Mecklenburg-Vorpommern ist geprägt durch eine einzigartige großflächige Kulturlandschaft mit einer wertvollen Tier- und Pflanzenwelt, sowohl im Binnenland wie auch an den Bodden und der Ostseeküste. Eine SPD-Landesregierung wird weiter für ihren Erhalt und Schutz sorgen.
- Unser Land hat drei Nationalparks, drei UNESCO-Biosphärenreservate und sieben Naturparks. Mehr als ein Drittel der Landesfläche sind Teil des europäischen Schutzgebietssystems Natura

2000. Diese Gebiete sollen rechtlich gesichert und Managementpläne zur Sicherung der Schutzziele erstellt werden.

- Wer in Natur und Landschaft eingreift, ist dazu verpflichtet, vermeidbare Beeinträchtigungen des Naturhaushalts zu unterlassen oder durch geeignete Maßnahmen zu kompensieren. Mit der Ökokontierung haben wir ein praktikables Instrument geschaffen, das dazu beiträgt, Natur und Landschaft als Lebensgrundlagen des Menschen zu erhalten. Dadurch besteht jetzt in Mecklenburg-Vorpommern die Möglichkeit, bereits vor einem konkreten Eingriff Ausgleichsmaßnahmen im Sinne der Natur durchzuführen und in einem Ökokonto registrieren zu lassen.
- Die SPD hat als Regierungspartei bereits viele konkrete Maßnahmen zum Klimaschutz und zur Nutzung regenerativer Energie ergriffen. Dazu gehören elf neue Klimawälder, das Moorschutzprogramm auf bisher über 7.000 Hektar des Landes ebenso wie die umfangreiche Förderung alternativer Energienutzung und nachwachsender Rohstoffe mit mehreren Millionen Euro. Mecklenburg-Vorpommern ist mit dem Bioenergiedorfcoaching, mit der Waldaktie und mit den Moor-Futures Ideengeber beim angewandten Klimaschutz in Deutschland und darüber hinaus.
- Wald bedeutet Lebensqualität und Verantwortung für künftige Generationen. Wir haben in den vergangenen Jahren entscheidend dazu beigetragen, den Anteil des Waldes in Mecklenburg-Vorpommern zu erhalten, zu mehren und seine sozialen und ökologischen Funktionen zu stärken. Mit der Bildung der Landesforstanstalt ist es gelungen, die Forstverwaltung und die nachhaltige Bewirtschaftung der Wälder finanziell und strukturell auf die Zukunft auszurichten.
- Ein neuer Umgang mit der Ressource Wasser ist in Mecklenburg-Vorpommern erreicht. Nahezu ein Fünftel unserer Landesfläche ist Trinkwasserschutzgebiet. 99 Prozent der Einwohnerinnen und Einwohner sind an öffentliche Wasserversorgungsanlagen und 86 Prozent an öffentliche Abwasserentsorgungsanlagen angeschlossen.

Das haben wir vor

- Die SPD wird sich auch zukünftig für die ökologische Modernisierung unseres Landes einsetzen. Unsere Wirtschafts- und Landwirtschaftspolitik wird noch stärker ökologisch ausgerichtet, um Innovation, wirtschaftliche Interessen und Ressourceneffizienz besser miteinander zu verbinden. Schutz und Pflege des einzigartigen Naturreichtums und der Kulturlandschaften des Landes sind ein wesentlicher Standortvorteil der Tourismuswirtschaft.
- Wir Sozialdemokraten werden uns für eine Stärkung der Nationalparks und Biosphärenreservate als Bestandteil der Nationalen Naturlandschaften einsetzen und sie als Schwerpunktbereiche für den Naturtourismus sowie als Modellregionen für eine nachhaltige Entwicklung fördern. So schaffen wir zukunftsfähige Arbeitsplätze, bauen die Erlebnis- und Bildungsräume aus und verbessern den nachhaltigen Schutz von Klima, Wasser, Luft und Biodiversität.
- Wir sind gegen eine Privatisierung von Landeswald. Seine Verwaltung bleibt staatliche Aufgabe.
- Der Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen passt nicht zum Gesundheitsland Mecklenburg-Vorpommern – wir lehnen ihn ab. Die Nutzung der Gentechnik können wir für unser Bundesland allein nicht verbieten, denn es ist eine betriebswirtschaftliche Entscheidung, zugelassene Sorten anzubauen. Jedoch werden wir darauf drängen, dass diejenigen Landwirte, die darauf verzichten wollen, respektiert und vor wirtschaftlichen Schäden durch den Anbau genveränderter Sorten in Nachbarbetrieben geschützt werden. Auch müssen wirksame Maßnahmen ergriffen werden, damit die Verbraucherinnen und Verbraucher frei wählen können, ob sie entsprechende Produkte kaufen wollen oder nicht.
- Der vorsorgende Hochwasser- und Küstenschutz ist Teil unserer Strategie zur Bewältigung des Klimawandels und wird deshalb weiterhin angemessen finanziert.
- Wir sind gegen die Privatisierung von Gewässern und setzen uns für den freien Zugang aller Bürgerinnen und Bürger zu den Gewässern ein.

- In Verantwortung für den Schutz und das Wohlbefinden in der Obhut von Menschen lebender Tiere werden wir im Bundesrat weiter entschieden darauf hinwirken, dass eine tierartgerechte Haltung für alle landwirtschaftlichen Nutztiere umfassend gewährleistet wird.
- Die Kleingärtner in ihren Verbänden erfüllen vielfältige soziale, ökologische, kulturelle und kommunikative Funktionen, die für unsere Gesellschaft unverzichtbar sind denn je. Deshalb werden wir sie weiterhin unterstützen.

Dazu schlagen wir folgende Maßnahmen vor:

- Wir setzen uns dafür ein, dass sich unbeeinträchtigte Lebensräume auch zukünftig unbeeinflusst von menschlichen Nutzungen entwickeln können.
- Wir werden die ökonomischen Anreize für den Erhalt der biologischen Vielfalt innerhalb der Kulturlandschaft deutlich erhöhen.
- Wir werden uns dafür einsetzen, dass für die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes und als Grundlage für den Tourismus die Wälder erlebbar und zugänglich bleiben. Wir werden die natur-schonende touristische Infrastruktur in den Großschutzgebieten sowie im Staats- und Körperschaftswald quantitativ und qualitativ ausbauen, um die Erholungs-, Kur- und Heilwirkung des Waldes zielgerichtet zu nutzen.
- Wir werden die Umweltbildung und die Waldpädagogik weiterhin als wichtigen Bestandteil der Bildung für nachhaltige Entwicklung in den Großschutzgebieten und den Landeswäldern flächen-deckend gewährleisten und entsprechend finanzieren.
- Wir werden die Forstbetriebsgemeinschaften weiter entwickeln, um damit den Holzwirtschaftsstandort Mecklenburg-Vorpommern zu stärken und die nachhaltige, umfassende und umweltschonende Nutzung der einheimischen Ressource Holz zu ermöglichen.
- Das Moorschutzprogramm werden wir kontinuierlich weiterentwickeln und schrittweise auf über 70.000 ha umsetzen, um die Funktionsfähigkeit der vorhandenen Moorflächen als Wasserspeicher, Kohlenstoffsenke und Lebensraum zu erhalten und wiederherzustellen.
- Wir werden die Kommunen und Zweckverbände bei der Umsetzung der Vorgaben der EU-Wasserrahmenrichtlinie auch nach 2011 umfassend unterstützen und die erforderlichen Maßnahmen weiter angemessen fördern.
- Wir werden die nachhaltige Abfallpolitik fortsetzen. Das Deponieschließungsprogramm wird weiter umgesetzt. Entstandene Abfälle sollen ökonomisch und ökologisch effizient genutzt, gleichzeitig soll eine sichere Entsorgung gewährleistet werden. Unser Ziel sind sozialverträgliche Abfallgebühren. Bei der Förderung von Wasser- und Abwasserverbänden spielt der Aspekt der Nachhaltigkeit eine wesentliche Rolle.
- Wir setzen uns dafür ein, dass Bund und Länder in Deutschland künftig gemeinsam über Anbauverbote von GVO-Sorten entscheiden und unterstützen in Mecklenburg-Vorpommern gentechnikfreie Regionen, indem wir die land- und forstwirtschaftlichen Landesflächen dort einbringen. Wir setzen uns für klare Kennzeichnungsregelungen und Schwellenwerte auf nationaler und europäischer Ebene ein.
- Wir unterstützen die Fischer beim Aufbau von Einkommensalternativen und räumen dem Ausbau der Aquakultur eine hohe Bedeutung ein.
- Wir werden Investitionen in Gemeinschaftseinrichtungen und Abwasserbeseitigungsanlagen in Kleingartenanlagen sowie andere Aktivitäten in den Gliederungen des Landeskleingartenverbandes unterstützen.
- Wir werden in Pilotvorhaben zwischen Schulen und Kleingartenanlagen den „Schulgartenunterricht“ neu etablieren und den Landeswettbewerb „Natur im Garten“ weiter ausbauen, und wir setzen uns für sinnvolle und praktikable Lösungen bei Problemen des Kleingartenwesens ein.

Moderne Verwaltung – moderne Gemeinden

Unsere Verwaltungen müssen als moderne und leistungsfähige Dienstleistungsbehörden sowohl für Einwohnerinnen und Einwohner als auch für Wirtschaft und Gesellschaft in unserem Land arbeiten. Eine effiziente Verwaltung ist von großer Bedeutung für die Zukunftsfähigkeit unseres Landes. Verwaltungen müssen rechtssicher, qualitativ hochwertig, bürgernah und vor allem wirtschaftlich arbeiten.

Die SPD hat deshalb in den vergangenen Jahren einen umfassenden Modernisierungsprozess unserer Verwaltungen maßgeblich mit gestaltet und vorangebracht. Dieser Prozess muss angesichts der demografischen und finanziellen Entwicklung auch weiterhin fortgeführt werden. Das betrifft Landesverwaltung, Kreis- und Gemeindeverwaltungen.

Ein erster Teil der Neuordnung der Landesverwaltung sowie die Stärkung der Ämterstruktur mit der Erhöhung ihrer Leistungsfähigkeit wurden in der Vergangenheit unter Führung der SPD umgesetzt.

In der Landesverwaltung müssen mit einer konsequenten Ausrichtung auf eine Viererstruktur entsprechend den Regionen unseres Landes weitere Einsparungen erreicht werden. Mit einer Weiterentwicklung der Aus- und Fortbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter muss neuen Herausforderungen Rechnung getragen werden.

Eine Neuordnung der Kreisstrukturen ist von uns gesetzlich vorbereitet worden. Mit der Neuwahl der Kreistage, der Landrätinnen und Landräte beginnt die Phase des Zusammenwachsens der neuen Kreisstrukturen und -verwaltungen. Die SPD wird sich mit aller Kraft dafür einsetzen, dass die hiermit verbundenen Effektivitätsgewinne möglichst schnell erreicht werden. Dafür sind kluge Entscheidungen der Selbstverwaltungsorgane notwendig, die die gedeihliche Entwicklung des gesamten neuen Kreises im Blick haben.

Wir wollen möglichst wenig Verwaltung für die Verwaltung und so viel Dienstleistung wie möglich für die Menschen. Bürgernahe Verwaltung bedeutet für uns, dass die Bürgerinnen und Bürger mit ihren Anliegen nicht zur Kreisverwaltung fahren müssen, sondern vor Ort, in ihrer Stadt- oder Amtsverwaltung ihre Angelegenheiten erledigen können.

Die Notwendigkeit einer Gemeindestrukturereform wird von Kommunalpolitikern aller demokratischen Parteien in Mecklenburg-Vorpommern gesehen. Hier leben zurzeit rund 1,66 Millionen Menschen in 847 Gemeinden. Das gleichberechtigte Nebeneinander von Gemeinden mit eigener Verwaltung und Ämtern mit einer Verwaltung für die amtsangehörigen Gemeinden hat sich im Großen und Ganzen bewährt. Dieses Modell der Verwaltung von mehreren Gemeinden in einem Amt hat sich als kostengünstige Variante erwiesen. Dennoch ist es dringend erforderlich, die Gemeindestrukturen Mecklenburg-Vorpommerns mit dem Ziel fortzuentwickeln, die kommunale Selbstverwaltung zu stärken und eine effizientere Verwaltung zu schaffen.

Alle Gemeinden in Mecklenburg-Vorpommern müssen darauf ausgerichtet sein, ihrer Funktion als Dienstleister für die Einwohnerinnen und Einwohner gerecht zu werden. Sie müssen in der Lage sein, ihre Selbstverwaltungsaufgaben entsprechend den Erfordernissen der örtlichen Gemeinschaft effizient zu erfüllen und kommunale Selbstverwaltung real zu leben. Die Erhaltung und Stärkung des ehrenamtlichen Engagements der Einwohner spielt dabei eine besondere Rolle.

In der Zukunft soll es neben selbständig verwalteten Gemeinden und den in Ämtern verwalteten Gemeinden auch das in anderen Bundesländern bewährte Modell der Amtsgemeinde geben. Dieses Modell soll gleichberechtigt neben den bisherigen stehen. Dabei soll es den Gemeinden grundsätzlich überlassen bleiben, für welches Modell sie sich entscheiden. Die Ämter bleiben dort, wo dies gewünscht ist und sie den gesetzlichen Vorgaben entsprechen.

Die Amtsgemeinde ist eine Körperschaft, deren Gebiet sich in der Regel über das Gebiet eines heutigen Amtes erstreckt. Sie hat eine vom Volk gewählte Amtsgemeindevertretung und einen ebenso gewählten Amtsgemeindebürgermeister. Die Mitgliedsgemeinden behalten ihre rechtliche Selbständigkeit mit gewähltem Bürgermeister und gewählter Gemeindevertretung. Amtsgemeinden sollen

nach dem Vorbild der jetzigen Ämter mindestens 8.000 Einwohner haben. Sie sollen nicht mehr als acht Mitgliedsgemeinden haben. Die Aufgaben werden zwischen der Amtsgemeinde und der Mitgliedsgemeinde aufgeteilt.

Bei allen Veränderungen in der Gemeindestruktur werden wir die Gemeinden in die Diskussions- und Vorbereitungsprozesse umfassend einbeziehen und möglichst freiwillige Lösungen anstreben.

Damit sie ihre Aufgaben erfüllen können, müssen Städte, Gemeinden und Kreise über eine angemessene Finanzausstattung verfügen und die Mittel sparsam und effektiv einsetzen.

Moderne Verwaltung durch gute Personalentwicklung

Wir wissen, dass gute Verwaltung nur gelingen kann, wenn die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gut aus- und fortgebildet werden und Rahmenbedingungen vorfinden, die sie für ihre Arbeit hoch motivieren. Deshalb werden wir das Personalkonzept des Landes in ein Personalentwicklungskonzept überleiten.

Unser Ziel ist es, ein Fortbildungskonzept zu entwickeln, das auf die besonderen Rahmenbedingungen in der Verwaltung unseres Bundeslandes Rücksicht nimmt. Fortbildungen sollten zukünftig konkret in Personalentwicklungspläne der einzelnen Behörden eingebettet werden und die besondere Förderung von Frauen in und für Führungspositionen berücksichtigen. Dazu müssen Fortbildungsangebote verstärkt auf die unterschiedlichen Bedürfnisse von jüngeren und älteren Beschäftigten eingehen, möglichst zeitnah umgesetzt werden und durch eine spätere Evaluierung der Fortbildungserfolge gemeinsam mit dem Vorgesetzten ausgewertet werden. Auch E-Learning-Module zur Nacharbeit am Arbeitsplatz sollten zukünftig eine stärkere Rolle spielen.

Gute Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die sich bewähren, müssen – unabhängig von ihrer Vorbildung – die Möglichkeit haben, bis in Spitzenpositionen aufsteigen zu können. Frauen sind dabei gezielt zu unterstützen. Die bereits erfolgreiche Praxis im Bereich der Polizei werden wir auf andere Fachrichtungen übertragen.

Mit der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung, Polizei und Rechtspflege in Güstrow hat das Land eine Einrichtung, der im Rahmen der Personalentwicklung eine Schlüsselstellung zukommt. Wir wollen sie stärken, indem wir die Hochschulstrukturen der Einrichtung ausbauen. Wir werden jedoch an dualen Studiengängen festhalten, um Nachwuchskräfte frühzeitig an die Verwaltung zu binden. Unbeschadet dessen werden wir prüfen, wie ein aufeinander abgestimmtes Angebot von Bachelor- und Masterabschlüssen bestmöglich vorgehalten werden kann, etwa in enger Zusammenarbeit mit den allgemeinen Hochschulen im Lande oder auch im Rahmen einer organisatorischen, gegebenenfalls auch teilweisen Zusammenführung mit diesen.

Wir wollen, dass auch für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes Familie und Beruf gut miteinander vereinbar sind, sei es durch eine weitere Flexibilisierung der Arbeitszeit, sei es durch Kinderbetreuungsmöglichkeiten in den Dienststellen oder den Ausbau von Telearbeitsplätzen unter Nutzung modernster IT-Ausstattung. Die Leistungsfähigkeit älter werdender bzw. älterer Mitarbeiter wollen wir mit Hilfe einer individuell zugeschnittenen Arbeitsplatzausstattung steigern.

Entwicklung der Städte als moderne Zentren

Die Städte in unserem Land haben sich zu wirtschaftlichen und kulturellen Zentren entwickelt. Sie halten Infrastruktur vor, die nicht nur durch die städtische Bevölkerung genutzt wird, sondern auch durch die Bürgerinnen und Bürger des Umlandes. Auch städtebaulich konnten in den vergangenen Jahren beachtliche Erfolge erzielt werden. Hier dürfen wir aber nicht stehen bleiben, denn Stadtsanierung und Stadtentwicklung sind dynamische Prozesse, die nicht einfach irgendwann abgeschlossen sind. Deswegen muss die Städtebauförderung auf hohem Niveau fortgeführt werden und nicht, wie die schwarz-gelbe Bundesregierung es beabsichtigt, Jahr für Jahr reduziert werden. In den Städten sind überproportional viele Arbeitsplätze – insbesondere auch industrielle Arbeitsplätze – ent-

standen. Weil der Arbeitsmarkt keine Grenzen kennt, werden diese auch durch Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer der ländlichen Räume genutzt. Mehrere Städte geraten jedoch bezüglich der zur Verfügung stehenden Ansiedlungsflächen an Grenzen. Diese Städte müssen in die Lage versetzt werden, aus eigener Kraft Flächen zur Ansiedlung oder Erweiterung der Unternehmen zu entwickeln.

Die Städte werden auch mit ihrer sozialen Infrastruktur angesichts der demografischen Entwicklung eine herausragende Rolle spielen. Deswegen müssen die Städte als Entwicklungszentren des Landes umfassend gestärkt werden. Auch wenn sich Städte und ländliche Räume unterscheiden und beide ihre spezifischen Bedürfnisse und Entwicklungsschwerpunkte haben, ist es gerade auch im Sinne des ländlichen Raumes, wenn sich die Zentren gut entwickeln können. Dafür stehen wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten.

Innere Sicherheit

Eine der wichtigsten Aufgaben unseres demokratischen Rechtsstaates ist es, die Freiheit und Sicherheit seiner Bürgerinnen und Bürger zu sichern, ihren elementaren Schutzbedürfnissen zu genügen und Gerechtigkeit durch eine bürgerfreundliche Justiz zu gewährleisten.

Das haben wir erreicht

- M-V ist in den letzten Jahren immer sicherer geworden. Die Zahl der polizeilich registrierten Straftaten war 2010 mit 129.489 so niedrig wie nie zuvor. Damit ist seit 2004 ein ununterbrochener Rückgang von Straftaten zu verzeichnen. Die Aufklärungsquote ist weiter angestiegen. So konnten 2010 knapp 60 % aller Straftaten aufgeklärt werden (2009: 59,6 %).
- Mit der Polizeistrukturereform haben wir die Führungs- und Verwaltungsstrukturen der Polizei gestrafft und so die Voraussetzungen dafür geschaffen, dass die Polizei sowohl die erforderlichen Kräfte für die operative Polizeiarbeit vor Ort hat, als auch flexibel auf wechselnde Anforderungen und Einsatzschwerpunkte reagieren kann. Auf diese Weise wird die polizeiliche Präsenz in der Fläche verstärkt.
- Die Zusammenarbeit von staatlichen und nichtstaatlichen Einrichtungen bei der Vorbeugung und Verhinderung von Jugendkriminalität hat sich bewährt. Der Landesrat für Kriminalitätsvorbeugung, die rund 60 kommunalen Präventionsräte, zahlreiche Vereine, Verbände und Organisationen sowie das Beratungs- und Hilfenetz im Bereich der Parlamentarischen Staatssekretärin für Frauen und Gleichstellung bilden eine solide Grundlage für die Präventionsarbeit vor Ort.
- Opfer von Straftaten brauchen Hilfe und Unterstützung. Daher haben wir inzwischen nahezu flächendeckend die Land- und Amtsgerichte mit speziellen Zeugenschutzräumen ausgestattet, bei allen Landgerichten wurden Informationsstellen für Zeugen eingerichtet, bei den Schöff- und Landgerichten gibt es mittlerweile Zeugenbeauftragte als Ansprechpartner für die Opferschutzeinrichtungen.
- Die Bürgerinnen und Bürger haben Anspruch auf einen angemessenen Schutz ihrer Daten. Mit dem Landesdatenschutzgesetz haben wir die Voraussetzungen dafür geschaffen, dass die Erhebung und Nutzung von Daten klar geregelt und begrenzt werden. Wir haben die Kompetenzen des Landesbeauftragten für den Datenschutz gestärkt und die Aufsicht über die Datenverarbeitung bei ihm gebündelt.

Das haben wir vor:

- Wir werden weiter konsequent gegen Kriminalität und ihre Ursachen vorgehen. Dabei setzen wir auf die bewährte Doppelstrategie aus Prävention und Repression.
- Wir werden auch weiterhin die professionelle und effektive Arbeit unserer Polizei durch moderne Ausrüstung, durch konsequente Aus-, Fort- und Weiterbildung sowie durch Schaffung notwendiger gesetzlicher Grundlagen unterstützen.

- Die nachhaltige und systematische Präventionsarbeit gegen Kriminalität, insbesondere gegen Gewalt, wollen wir konsequent fortführen, insbesondere durch die Bereitstellung finanzieller Mittel für die Förderung von Projekten zur Kriminalitätsvorbeugung.
- Der Opferschutz steht für uns im Mittelpunkt. Wir werden weiter dafür Sorge tragen, dass Opfern von Straftaten die erforderliche Hilfe für ihre Betreuung und Versorgung gewährt wird. Aber auch die Arbeit mit Tätern trägt dazu bei, zukünftig Gewalt entgegenzuwirken. Deshalb werden wir uns verstärkt dafür einsetzen, dass Täter von der Justiz zur Teilnahme an Täterprogrammen verpflichtet werden.
- Wir werden auch künftig alle rechtsstaatlichen Mittel ausschöpfen, um Wiederholungstaten zu verhindern. Wir müssen den Schutz der Bevölkerung vor Tätern, die rückfällig werden und die nicht therapierbar sind, gewährleisten.
- Nur eine Strafe, die auf dem Fuße folgt, wird die Täter auch tatsächlich beeindrucken. Daher wollen wir die Dauer von Strafverfahren gegen kriminelle Jugendliche weiter verkürzen – durch eine noch enger abgestimmte Zusammenarbeit zwischen Gerichten, Staatsanwaltschaft, Polizei und Jugendgerichtshilfe.
- Wir werden weiter konsequent gegen extremistische Gewalt vorgehen. Mecklenburg-Vorpommern soll ein weltoffenes und tolerantes Land bleiben.

Wir wollen das Datenschutzrecht weiter modernisieren. Wir wollen keinen gläsernen Bürger. Die Intensität und das Ausmaß von Datenschutzverstößen durch Missbrauch privater Daten in Unternehmen verdeutlicht, dass Datenschutz auch in der Privatwirtschaft gelten muss. Wir wollen, dass der Bürger selbst darüber entscheidet, wer was über ihn weiß.